# LATEINA MERIKA NACHRICHTEN



O Ich abonniere die L N ab sofort/ab Nr...

O Ich bestelle L N-Nr...

O Ich bestelle Dokumentation Nr...

O Ich bestelle Sondernummer...

O Ich bestelle 'Fußball und Folter'...

O Ich bitte um eine Gratisnummer...

O ich bestelle ein Geschenkabonnement für...

(\* bitte ankreuzen und unterstreichen)

Jahresabonnement DM 30,-; Vorauszahlung auf das Sonderkonto des Komitees "Solidarität mit Chile", Elfriede Kohut, Postscheckkonto Nr. 38 00 87-108, Berlin (W), Kennwort: Neuabo. Bezugsbedingungen für Mehrfach-Bezieher auf Anfrage.

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12, Tel. (030) 313 50 65

(Anschrift)

(Datum/Unterschrift)

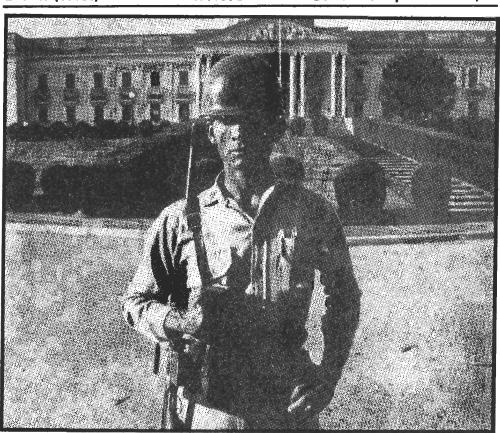
# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 62

6. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

28.7.1978

Solidaritätspreis DM 2,-



# WAHLEN IN LATEINAMERIKA

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

ARGENTINIEN: NACH DER WELTMEISTERSCHAFT . . . — PERU: DIE "CONSTITUYENTE" — BOLIVIEN: JUAN PEREDA ASBUN, DER NEUE BANZER — DOMINIKANISCHE REPUBLIK: BALAGUERS LETZTER WAHLTRUMPF — BRASILIEN: EINE REDEMOKRATISIERUNGSFRONT — CHILE: GERÜCHTEKÜCHE SANTIAGO — USA: VAKY: NEUER UNTERSTAATSSEKRETÄR FÜR LATEINAMERIKA

#### INHALT

I. ARGENTINIEN	
- Nach der Weltmeisterschaft	3
- PCA: Kritische Unterstützung für die Junta	13
- Bilanz der WM - Kampagne	15
- Bilanz der vivi - Kampagne	13
II. PERU	
- Die "Constituyente"	25
- Otto der Starke	30
- Die Folgen des Maipakets	33
- Die Folgen des Maipakets	33
III. BOLIVIEN	
- Juan Pereda Asbun, der neue Banzer	35
oudil 1 of out 7 that only are	
IV. DOMINIKANISCHE REPUBLIK	
- Balaguers letzter Wahltrumpf	42
V. BRASILIEN	
- Eine Redemokratisierungsfront	48
VI. CHILE	
- Gerüchteküche Santiago	54
VII. USA	
- Vaky: Neuer Unterstaatssekretär für Lateinamerika	59

#### IMPRESSUM

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 5 der CHILE NACHRICHTEN

erscheinen monatlich (mindestens 11mal im Jahr)

Abo-Preis: DM 30,~

Vorauszahlung auf: Sonderkonto des Chile-Komitees – "Hilfe für Chile" PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108 Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neuabo '78 Adresse: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL Savignyplatz 5 1000 Barlin 12 Tel. 030 / 313 50 65

REDAKTION: Redaktionskollektiv V.I.S.d.P.: Gisele Sommer

## **ARGENTINIEN**

## Nach der Weltmeisterschaft

Während und unmittelbar nach den Weltmeisterschaften fielen wichtige politische Entscheidungen innerhalb der regierenden Militärjunta.

Nach monatelangen Auseinandersetzungen und Flügelkämpfen zwischen den Miltärs, bei denen es nicht immer friedlich zuging, scheint sich jetzt der von Videla und seinem engsten Gefährten General Viola geführte Flügel durchgesetzt zu haben. Sowohl die "harte", profaschistische Fraktion als auch die "gemäßigte" Fraktion um Admiral Massera wurden zurückgedrängt. Während die erste Fraktion vor allem in der Anfangsphase der Militärdiktatur die Aufmerksamkeit auf sich konzentriert hatte, rückten in den letzten Monaten immer mehr die "Gemäßigtem" in den Mittelpunkt des Interesses. Videla nahm zwischen beiden Positionen eine Vermittlerrolle ein.

### Das neue Machtschema der Junta

Die Diskussion in den Streitkräften ging um das politische Programm der Junta: wie lange und unter welchen Bedingungen sollten die Militärs an der Macht bleiben? Welche Rolle sollten die politischen Parteien und die Zivilisten überhaupt in den Plänen der Streitkräfte spielen? Vor allem aber stand die Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung zur Debatte.

Nach Auffassung Admiral Masseras können die Streitkräfte nur dann die politische Kontrolle behalten, wenn sie ihre Position innerhalb des Staatsapparats verstärken durch die Gründung einer offiziellen Partei, die auch Rechtsperonisten einschließen könnte.

Die Gegner dieser Position, die sich um die Generale Benjamin Menéndez und Carlos Suárez Mason gruppieren, weisen jeden Plan zurück, der auch nur entfernt nach Rückzug riecht. Sie treten für die Aufrechterhaltung der "Offensive gegen die Subversion" ein.

General Videla versteht einerseits, daß es notwendig wäre, den Streitkräften eine politische Atempause zu verschaffen, weiß aber andererseits, daß eine Weiterführung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitk die Aufrechterhaltung der Repression erfordert.

Die Auseinandersetzung endete mit einem Kompromiß, der die Stellung Videlas stärkte. Videla wird am ersten August seinen Posten als Oberbefehlshaber des Heeres aufgeben und Staatspräsident werden. In dieser Funktion hat er dann das Recht, die Kabinettsmitglieder zu ernennen. Die Provinzgouverneure werden von der Junta ernannt werden. Nachfolger Videlas als Oberbefehlshaber des Heeres und Mitglied der Junta wird General Viola, ein Parteigänger Videlas. pamit ist die Frage des vierten Mannes an der Spitze entschieden, die vor allem ven Massera aufgebracht worden war, der durch die Trennung der Ämter des Präsidenten und des Oberbefehlshabers der Armee den Einfluß Videlas schwächen wollte.

Obwohl Videla nun aus der Junta ausscheidet, wird sich die ämtertrennung nicht so auswirken, wie es die Befürworter der "Vier-Mann-Lösung" gehofft hatten: die Tatsache, daß Viola sein Nachfolger wurde, sichert Videla auch weiterhin einen starken Einfluß auf das Heer.





'Vier - Mann — Lösung'' : Agosti Videla Massera Viola

Im folgenden Abschnitt wollen wir den Klassencharakter der Militärdiktatur untersuchen und dabei aufzeigen, warum die im Militär vertretenen gegensätzlichen Positionen nicht antagonistisch sind – etwa in dem Sinne, als ob es in den Streitkräften einen Kampf zwischen Demokratie und Faschismus gäbe –, sondern daß beide Positionen notwendige und sich ergänzende Momente innerhalb eines insgesamt autoritären und repressiven gesellschaftlichen Entwicklungsmodells sind.

## Entstehung des heutigen Machtblocks

Seit sich mit der Wirtschaftskrise von 1929 das Ende der bis dahin bestehenden internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung ankündigte, haben sich die gesellschaftlichen Strukturen Argentiniens stark differenziert. +)

Die bislang vorherrschende Machtstellung der agrarexportierenden Oligarchie wurde zunehmend von einer aufstrebenden industriellen Bourgeoisie angefochten, die eine andere Form der Eingliederung in den Weltmarkt und die internationale Arbeitsteilung anstrebte. Die argentinische Gesellschaft sah sich mit einer Verschärfung und Differenzierung der sozialen Konflikte konfrontiert: Widersprüche zwischen der Agraroligarchie und der Industriebourgeoisie, zwischen den nationalen und ausländischen Sektoren und zwischen den monopolistischen und nicht-monopolisitischen Sektoren der Bourgeoisie und schließlich in zunehmendem Maße Widersprüche zwischen der Bourgeoisie insgesamt und der Arbeiterklasse.

Was die spezifisch argentinische Situation ausmacht ist, daß der kohärente und stabile Machtblock der Agraroligarchie nicht durch einen ähnlich stabilen Machtblock ersetzt werden konnte, der langfristig die wirtschaftliche und politische Hegemonie dieser oder jener bürgerlichen Fraktion hätte durchsetzen können. Die Frage der ökenomischen und sozialen Hegemonie innerhalb der Bourgeoisie konnte sich nicht trennen von den kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen der nationalen bzw. der Weltwirtschaft. Der Peronismus, der in einer neuen internationalen Konjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg an die Macht kam, stellte den fortgeschrittensten Versuch dar, den alten Machtblock der Agroexportwirtschaft zurückzudrängen und einen neuen Block unter der Führung der nationalen Industriebourgeoisie an die Macht zu bringen. Innerhalb dieser peronistischen Allianz entwickelte sich das Proletariat sozial und politisch zu einem konstitutiven Element der ökonomischen und politischen Struktur des Landes. Diese Entwicklung trug dazu bei, den Widerspruch zwischen der Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit und der Arbeiterklasse zu verschärfen. Aber im Endeffekt gelang es dem Peronismus nicht, die Hegemoniefrage innerhalb der Bourgeoisie über eine bestimmte internationale Konjunktur (1946-1953) hinaus zu lösen.

Trotz dieser relativen Schwäche der argentinischen Bourgeoisie setzte sich die kapitalistische Entwicklung - wenn auch sehr krisenhaft - beschleunigt durch. Die abhängige Eingliederung des Landes in den Weltmarkt verhinderte nicht die kapitalistische Entwicklung, steigerte aber ihre sozialen und politischen Kosten immer mehr.

Das aus der Industrialisierung resultierende numerische Anwachsen der Arbeiterklasse und die organisatorische Stärkung des Proletariats durch die peronistischen Gewerkschaften konfrontierte das bürgerliche Lage immer dringender mit der Notwendigkeit, die eigenen Reihen fester zu schließen. Schließlich zeigte es sich, daß nur die Streitkräfte dieser Aufgabe gewachsen waren: nach 1955 übernahmen sie mehrmals die Regierung und beschleunigten mit ihrer Wirtschaftspolitik die Zentralisation und Konzentration des Kapitals. ohne jedech die Gegensätze im bürgerlichen Lager langfristig aufheben zu können. Obwohl sie die Grundprobleme nicht lösen konnten und daher die Macht immer wieder an Zivilisten abgeben mußten, um die Einheit in den Streitkräften nicht zu gefährden, fiel sie ihnen immer wieder in den Schoß. Die Aufgaben wurden dabei immer schwieri ger in dem Maß, wie der Widerstand des Proletariats und der anderen benachteiligten Velksschichten, die politischen Grenzen für kapitalistische Lösungen der wirtschaftlichen und sozialen Krisen immer enger zeg.

## Auseinandersetzung um die Wirtschaftspolitik

Als die Militärs im März 1976 die in sich zusammenfallende Regierung Isabel Peron absetzten, holten sie zum großen und - wie sie hofften - entscheidenden Schlag gegen alle Händernisse einer weiteren kapitalistischen Entwicklung aus, vor allem gegen das Proletariat und seine Organisationen.

Das Land befand sich am Rande des Ruins: die Auslandsschuld belief sich auf rund 10 Mrd Dollar (400 Dollar pro Einwohner); die Inflations-rate betrug 1975 334,8% und 1976 347,5%. Argentinien war nahe am Rand der Zahlungsunfähigkeit. Zu diesen wirtschaftlichen Problemen kam ein Proletariat, das sich im Zustand des Aufruhrs befand, aber ohne einheitliche Führung war. Die Guerilla hatte über 20 000 aktive Mitglieder, die am bewaffneten Kampf beteiligt waren.

In dieser Situation wurde die Regierung von allen monopolistischen Sektoren der Bourgeoisie unterstützt, und zwar sowohl von den Natienalen wie internationalen, als auch von den industrie llen ebenso wie von den agrarischen.

Wirtschaftsminister Martinez de Hoz, Vertreter des Wirtschaftsmodells, das die Regierung durchsetzen will, personifiziert die Interessen der dominanten Fraktionen innerhalb des herrschenden Machtblocks: die Interessen der agrarexportierenden Oligarchie der fruchtbarsten Zone des Landes, der Sektoren des nationalen und internationalen

Finanzkapitalsund die einiger industrieller Sektoren, besonders die der multinationalen Konzerne, die nicht-traditionelle Produkte für den Export herstellen. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung ist in Wirklichkeit keine argentinische Erfindung, sondern vom Weltwährungsfonds diktiert. Die restlichen Sektoren der argentinischen und der ausländischen Großbourgeoisie, die nur in untergeordneter Form an dem neuen Wirtschaftsmodell des Ministers partizipieren, unterstützen aber trotzdem seine Politik. Vor allem stimmen sie mit der Regierung darin überein, daß die Löhne gesenkt und die Finanzen des Landes saniert werden müssen.

Bezüglich der finanziellen Sanierung geht es um die Rationalisierung der staatlichen Unternehmen und Dienstleistungen durch Privatisierung und durch die Entlassung von mindestens 350 000 staatlichen Angestellten.

Die Wirtschaftspolitik von Martinez de Hoz hat einige der angestrebten Ziele erreicht: die Handelsbilanz ist positiv in Folge der Keduzierung von Importen und der besten Weizenernte in der Geschichte Argentiniens; die Senkung der Reallöhne um 50%; die Umverteilung und Zentralisation des Mehrwerts zugunsten der am stärksten konzentrierten Kapitalfraktionen und zuungunsten der Industrie

Aber diese Wirtschaftspolitik hat auch stark negative Auswirkungen auf die nicht-hegemonialen, aber trotzdem entscheidende Sektoren der Großbourgeoisie: wirtschaftliche Rezession, Schrumpfen des Binnenmarktes, Gefähreing der Industrie durch die Freigahe der Importe

Die Auslandsverschuldung wurde durch Aufnahme weiterer - kurzfristiger - Kredite finanziert und liegt bei ca. 10 Mrd. Dollar, Außerdem gab es keine Investitionen von Auslandskapital im produktiven Sektor.

All das fraktioniert den Machtblock, der zunächst den Militärputsch unterstützt hatte. Es taucht innere Kritik auf, die sich in wachsendem Ausmaß artikuliert, und zwar sowohl innerhalb des Militärs, als auch durch zivile Politiker.

Der kohärenteste Ausdruck diser Kritik ist der "Desarrollismo". der



die Unzufriedenheit der Sektoren der Bourgeoisie ausdrückt. die in untergeordneter Form am Wirtschaftsprojekt des Ministers Martinez de Hoz teilhaben. Ihre Kritik an dem Minister beinhaltet: das Scheitern des Versuchs, die staatlichen Unternehmen umd Ausgaben der öffentlichen Hand zu sanieren und zu rationalisieren (von den 350 000 vorgesehenen Entlassungen wurden nicht mehr als 30 000 vorgenommen auf Grund der Mobilisierung gegen die Maßnahme und des politischen Risikos, das derartige Massenentlassungen mit sich bringen würden); die außerordentliche Einschränkung der Kaufkraft der Bevölkerung und das Schrumpfen des Binnenmarktes, das aus ihr folgt und die Absatzmöglichkeiten der Industrie empfindlich einschränkt; (dies führte seit dem letzten Quartal von 1977 zu einem allgemeinem Produktionsrückgang von 7,2% und in der Industrie sogar zu einem Rückgang ven 11,5% im Vergleich zum Vorjahr); weiterhin wird die-Kreditpolitik kritisiert, die die produktiven Sektoren der Industrie diskriminiert, und die liberale Zollpolitik, die die Industrie im Ganzen nicht schützt. etc.

Diese Opposition ist nicht der Ausdruck einer "demokratischen" Fraktien. Sie ist auch nicht Ausdruck der nationalen, nicht-monopolistischen Sektoren des Kapitals (kleine und mittlere Unternehmen), obwohl nicht auszuschließen ist, daß diese Sektoren sich der genannten Alternative anschließen könnten, da sie für die Interessen dieser Teile des Kapitals weniger ungünstig ist.

Desarrollismo und Liberalismus sind seit Beginn der 50er Jahre die beiden Arten, wir die dominanten Sektoren der argentinischen Wirtschaft auf verschiedene Konjunkturzyklen reagieren, die jeweils eine expansive oder rezessive Politik (je nach Entwicklung des Wirtschaftszyklus) erzwingen.

Trotzdem ist die Unterscheidung wichtig, da die beiden nicht-antagonistischen Politiken von jeweils bestimmten Fraktionen der Bourgeoisie unterstützt werden: einerseits von der traditionellen landbesitzenden Oligarchie (Liberalismus), andererseits vom nationalen industriellen Großkapital (Desarrollismo); beide Fraktionen sind eng mit jeweils unterschiedlichen Fraktionen des internationalen Monopolkapitals verflochten.

Der Liberalismus war die Politik der traditionellen Oligarchie in der Periode, in der Argentinien ausschließlich Primärprodukte (insbesondere Fleisch und Weizen) exportierte und verarbeitete Produkte importierte. Dieses Wirtschaftsmodell war bis zur Krise von 1929/30 das herrschende Modell in Argentinien.

Der Desarrellismo entstand als Reaktion auf die Veränderungen in der Produktionsstruktur des Landes als Folge der neuen internationalen Arbeitsteilung nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesem Sinne kann man sagen, daß diese Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Situation angemessener ist als der Liberalismus. Eine liberale Wirtschaftspolitik kann unter den gegenwärtigen Bedingungen nur Ausdruck eines Übergangs sein.

Solange die sozialen und politischen Grundprobleme des Landes nicht gelöst sind, führt die Entwicklung des ökonomischen Zyklus selbst dazu, daß eine Weiterführung der ultraliberalen, monetaristischen Politik unmöglich wird. So mehren sich in der Bourgeoisie die Stimmen, die eine Reorientierung der politischen und sozialen Linie der Regierung verlangen, die auch in den Streitkräften selbst und in Kreisen ziviler Politiker Widerhall finden.

+) in den fünfziger Jahren

Den Beweis dafür, daß die grundlegenden sozialen und politischen Probleme nicht in einer dauerhaften Form zugunsten der Bourgeoisie gelöst wurden, hatte man spätestens bei der Streikbewegung vom Oktober/ November letzten Jahres, die das ganze Land mehrere Wochen lang paralysierte. In dieser Bewegung bewies die Arbeiterklasse, daß sie trotz der blutigen Repression gegen sie und ihre Organisationen die Fähigkeit der Mobilisierung und der Reaktion auf Angriffe gegen sie nicht verloren hatte. Auch wenn die Fähigkeit der Arbeiterklasse offensiv zu werden durch die Niederlage durch den Militärputsch und wegen des Fehlens einer einheitlichen Führung (seit dem Tod Perôns und der Krise der peronistischen Bewegung) beschränkt ist, bleibt doch eine erhebliche Kapazität zum Widerstand bestehen. Auch wenn sie nicht das Kwäfteverhältnis zu ihren Gunsten ändert. erlaubt sie ihr doch, jedes langfristige Projekt der Bourgeoisie zu verhindern.



"Es lebe die Arbeiterklasse!
Tod den Ausbeutern!"

Wie gesagt vervielfachten sich die desarrollistischen Angriffe innerhalb und außerhalb der Militärregierung seit Oktober / November 1977. Hinzu kamen Unstimmigkeiten auch im liberalen Lager wegen der außererdentlich hohen Kesten der Fußballweltmeisterschaft (1 Mrd US-Del.). deren Austragung in Argentinien auf eine ausschließlich politische Entscheidung zurückzuführen ist. In diesem Zusammenhang sind die heftigen Angriffe des Staatssekretärs Juan Aleman bekannt geworden.

Anfangs wurde der politische Zusammenhalt der Streitkräfte durch gemmeinsame Ziele gesichert: die Zerschlagung der Guerilla, die Niederwerfung der Arbeiterklasse um eine Überausbeutung zu ermöglichen, die Sanierung der Staatsfinanzen. Die Anfangserfolge begannen sich aber bald in Grenzen umzukehren, die die Unmöglichkeit der Weiterführung der bisherigen Politik anzeigten. Ab einem bestimmten Punkt würde ein Weiterschreiten auf diesem Weg das Risiko in sich tragen. Effekte zu

produzieren, die den ursprünglichen Absichten diametral entgegengesetzt sind: z.B. die gefährliche Reorganisation des Widerstandes als Folge der fehlenden politischen Kontrolle der Arbeiterklasse; Wiederanstieg der Inflation und der Außenverschuldung als Folge des Versuchs beide Probleme als Symptome (und nicht ihre Ursachen) zu bekämpfen.

Angesichts der wachsenden Zerbröckelung der Einheit der Regierung drücken sich die Stimmen, die eine Reorientierung der bis zu diesem Moment durchgeführten Politik verlangen, in verschiedenen politischen Vorschlägen aus. In einigen Fällen versuchen sie, die Empörung der nationalen und internationalen öffentlichen Meinung über die blutige Repression und die Verletzung der Menschenrechte für ihre Interessen auszunutzen und zu kanalisieren. Diese interne Opposition wird durch das Eche gestärkt, das sie in der Carter-administration findet und auch durch die Demokratische Fraktion im Kongreß der USA, die die Aussetzung jeder Wirtschaftshilfe ab Oktober dieses Jahres vorgeschlagen hat, falls es nicht ein Ende der Verletzungen der Menschenrechte in Argentinien gibt.

In diesem Kentext fand die Fußballweltmeisterschaft statt. Sie diente als eine Atempause und als ein Aufschub der inneren Auseinandersetzungen. Der Erfolg der Fraktion Videlas für kurze Zeit eine Atmosphäre der nationalen Solidarität und Euphorie geschaffen zu haben, der die Spannungen und aufgeschobenen Forderungen der Volksmassen eine Weile vergessen ließ, bot eine zeitweilige Atempause, in der die Streitkräfte zeigen konnten, daß sie noch immer die politische Kontrolle innehaben und der Bourgeoisie im allgemeinen und den Streitkräften im besonderen einen erweiterten Spielraum verschaffte. Dieser Spielraum diente der disziplinierten Reorientierung auf eine politische Linie hin, die den gegenwärtigen Umständen angemessener ist. Die Rechnung mit der Weltmeisterschaft ging auch tatsächlich auf.

## "Beschränkte Öffnung"?

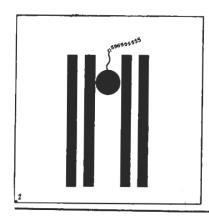
Hinter den Kulissen der enthusiastischen Schreie und der kollektiven Euphorie wurde fürs Erste ein Kapitel der Diskussion über die unmittelbare Zukunft der Spitze des Miltars und der Regierung geschlossen. Die Ernennung von General Viola als Nachfolger Videlas auf dem Posten des Oberkommandierenden des Heeres wird garantieren, daß die Videlafraktion tenangebend bleibt. Zugleich werden aber auch Vorbereitungen getroffen für eine Ablösung der Militärs durch eine breitere politische Sammelbewegung, die den Konsens erweitern soll. Dennoch ist nicht zu erwarten, daß diese geplante Öffnung oder "Demokratisierung" eine grundsätzliche Verschiebung der politischen und sozialen Kräfte innerhalb des herrschenden Blocks herbeiführen könnte: die noch bestehende hohe Auslandsverschuldung läßt eher den Schluß zu, daß die traditionelle Agraroligarchie - als einziger auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Wirtschaftssektor - eine unentbehrliche Funktion in der Wirtschaftskonzeption der zukünftigen Regierungsmannschaft innehaben wird. Wenn auch die industrielle Fraktion der herrschenden Klasse ein höheres Gewicht haben wird, wird sie doch ganz erhebliche Rücksichten auf ihren liberalen Partner nehmen müssen. Außerdem wird die Repression ein notwendiger Bestandteil jeder sozialen und wirtschaftlichen Konzeption bleiben. Denn außer der Auslandsverschuldung muß jede Regierung - liberal oder nicht - mit dem Problem der defizitären Staatsbetriebe fe rtig werden, was nicht ehne eine volksfeindliche Poltik geht. Bezelchnend hierfür ist, daß die geplante Zerlegung des Wirtschaftsministeriums verschoben wurde bis zum Ende des Jahres und selbst damn ist noch nicht sicher, daß Martinez de Hoz abgelöst wird. Eine Linie, dieaußerdem den sozialen Konsens sucht, zielt nicht darauf ab. die Repression abzuschaffen, sendern gerade umgekehrt, sie effizienter zu machen, um die Erfolge herbelzuführen die: in den letzten beiden Jahren nicht erreicht werden konnten.

So beschränkt die Chancen der Militärs, den sozialen Konsens zu erweitern auch sein mögen, so dürfen sie doch nicht unterschätzt werden. Den Schlüssel hierzu könnte ihnen der Rechtsperonismus liefern, der als politische Kraft von nationaler Bedeutung -sowohl in seiner gewerkschaftlichen als auch in seiner politischen Variante - noch lange nicht für tot erklärt werden kann. Der Kampf um das Erbe der peronistischen Bewegung und um ihren Massenanhang ist heute noch keineswegs zugunsten des revolutionären Peronismus entschieden. Dies wird ein langwieriger Prozeß sein, wobei gerade das Zusammengehen der peronistischen und der nicht-peronistischen Linken Probleme aufwerfen wird bei dem Versuch eine neue und diesmal autonome zentrale Führung der Arbeiterklasse herzustellen. Solange diese Aufgabe nicht gelöst ist und die Lücke. die der Tod Peróns und die Auflösung der peronistischen Bewegung als Faktor der Einheit des Proletariats hinterlassen haben, offen bleibt. solange werden die Militärs immer einen gewissen Spielraum für politische Manöver haben.

Obwohl es unmöglich ist, irgendwelche Prognosen über die kom den Jahre zu machen, da noch alles im Fluß ist und auch noch eine Weile so zu bleiben scheint, wollen wir zum Schluß noch eins bemerken: Unser Hinweis, daß man nicht ernsthaft auf eine "demokratische" Fraktion des Militärs setzen kann, soll keinesfalls bedeuten, daß selbst eine nur "beschränkte Öffnung" nicht die Möglichkeit bieten könnte für die Reorganisation der demokratischen Kräfte.

## Die politische Bedeutung der WM

Wie schen oben angedeutet brachte die Weltmeisterschaft den herrschenden Militärs, und besenders der Videla-Fraktion, einen Erfelg ein. Wer erwartet hatte, daß diese Gelegenheit Anlaß zu Massenstreiks und -protesten und Mobilisierungen geben würde, der sah sich enttäuscht. Nichts dergleichen fand statt. Zu verzeichnen sind aber die Protestaktionen der Frauen und Mütter von politischen Gefangenen auf der Plaza de Mayo, Proteste, die aber ohnehin seit Monaten regelmäßig stattfinden. Außerdem g ab es einige bewaffnete Widerstandsaktionen, die aber iseliert blieben. Diese Tatsache ist aber nicht als eine Niederlage zu werten; die Erwartungen - vor allem im Ausland - entsprachen nicht der wirklichen Stimmung im der Bevölkerung.





Ohne eine klare Führung haben die argentinischen Massen in unübersichtlichen Situationen immer eine offene Konfrontation gescheut. Dies hat sie ihre Erfahrung gelehrt, und deshalb verhielten sie sich auch im März 1976 zunächst einmal abwartend, als die Militärs Isabel Peron absetzten. Bamals schon hatten die Linken auf spontane Aktionen der Massen gesetzt und gedacht, die Zeit für den Bürgerkrieg sei gekommen. Auch diesmal also waren die Bedingungen nicht gegeben für Protestexplosionen und außerdem war die Begeisterung der Massen für den Fußball so groß, daß die Militärs dies geschickt ausnutzen konnten.





Es scheint so, als habe das argentinische Volk die WM als einen Einschnitt, als einen Waffenstillstand in dieser harten Etappe seiner Geschichte erlebt, der die Frage offen ließ, was danach kommen würde. Hesenders weite Kreise der Kleinbourgeoisie – die politisch in Opposition zur Regierung steht und ökonomisch von ihr benachteilgt wird – zeigten stolz ihr Land und ihre Hauptstadt, "die mit sauberen Straßen wie die von Lausanne glänzte" und eine Ordnung und eine "Organisation, die eines fortgeschritteneren Landes würdig war!

Die Regierung machte eine Propaganda, in der sie geschickt, das Volk mit den Streitkräften gleichstzte, schwächte die Repression ab (in den drei Wochen der WM gab es "nur" 48 Personen, die verschwanden) und lockerte die Pressezensur.

Diese Sektoren der städtischen Kleinbourgeoisie hatten große Erwartungen an die Weltmeisterschaften geknüpft in Bezug auf die wirtschaftlichen Verteile (Anstieg der Handelsumsätze etc.), die aber von den Tatsachen schwer enttäuscht wurden. Der Touristenstrom war wesentlich geringer als man gehofft hatte. Außerdem kauften die Teuristen nur wenig da die Preise tretz des günstigen Wechselkurses dem europäischen hohen Niveau entsprachen. Die deutschen Fans gaben durchschnittlich 7 000 DM aus, aber diese Ausgaben flossen in die Taschen der großen Reisegesellschaften. Das wirklich große Geschäft haben die deutschen Konzerne gemacht, die das gesamte Kommunikationsnetz und das Farbferhsehsystem installierten. Anscheinend waren die regierenden Miltärs mit der "deutschen Wertarbeit" so zufrieden, daß sie gleich nach der WM der deutschen Firma Deminex zusammen mit einem Konsortium von Total Exploration und Bridas (Argentinien) die Eräölexplorationsrechte in Feuerland gaben. Um diese Rechterissen sich schon lange alle großen Erdölkonzerne.

Es gab aber nicht nur Hoffnungen auf ein Wirtschaftswunder, sondern auch auf eine politische Entspannung besonders in den Gewerkschaftskreisen, die von der Regierung als Gesprächspartner anerkannt sind – die sogenannte "Komission der 25". Diese Kreise wurden aber sofort zur Ordnung gerufen, als sie versuchten, Forderungen zu stellen, die

einen Schritt über die eigentlichen wirtschaftlichen Gewerkschafts-forderungen hinausgingen.

Das Erwachen aus diesem kollektiven Traum der Weltmeisterschaft kant nur hart sein. Die Kosten von 1Mrd Dollar werden mit Sicherheit zu einem Ansteigen der Inflation führen, die verschärfte Sparmaßnahmen und damit einer verstärkte Unterdrückung der Arbeiterklasse nach sich ziehen wird. Die Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse in Buenos Aires stiegen im Juni um 8,2%.

Ein Anzeichen des Erwachens ist auch der Streik der Hafenarbeiter von Buenos Aires im Juli, der teilweise mit Bombenattentaten gegen die Hafendirektion geführt wurde. Es breitet sich eine Stimmung aus nach dem Motto: "die Spiele haben wir gehabt, jetzt wollen wir das Brot".

+) Während alle produktiven Zweige der Wirtschaft imersten Quartal 1978 einen Produktionsrückgang von 7% zu verzeichnen hatten, stieg im gleichen Zeitraum die Bautätigkeit um 11,2% an. Dies war eine Folge der Stadion- und Straßenbauarbeiten für die WM. Diese Zahlem zeigen deutlich die Unverhältmäßigkeit des Aufwandes für die WM im Vergleich zur allgemeinen Wirtschaftslage.



## PCA: Kritische Unterstützung der Junta

Die spanische Wochenzeitschrift CAMBIO 16 druckte in ihrer Ausgabe vom 18. Juni ein Interview ab, das der franzüsische Philosoph Bernard-Henri Lévy mit Roberto Vallarino führte. Vallarino ist Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Argentiniens. Er erläutert die Einschätzung der PCA zur inneren Situation des Land des und zu den Beziehungen zwischen Argentinien und der UdSSR. Die UdSSR ist gemeinsam mit den anderen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe ein wichtiger Handelspartner Argentiniens. In der UNO zeichnet sich die Sowjetunion dadurch aus, daß sie sich hartnäckig jeder Verurteilung der Junta wegen der Verletzungen der Menschenrechte widersetzt.

Lévy: Wie sehen Sie die Kräfteverhältnisse innerhalb der Streit-kräfte?

Vallarino: Sehr allgemein würde ich sagen, daß es einerseits ultrareaktionäre pinochetistische Elemente gibt und andererseits fortschrittliche Elemte mit demokratischer Tendenz. Dies ist die grundlegende Realität, an der keine Analyse vorbeigehen darf.

L: Welches sind diese fortschrittlichen Elemente?

V: Wenn Sie Namen wollen, nenne ich: Videla, Massera, Agosti, Suarez Massone, zum Beispiel.



"fortschrittliche Elemente"

L: In anderen Worten heißt das also der gesamte Führungsapparat der Junta?

V: In einem bestimmten Sinn, ja. Aber ich muß präzisieren, daß es sich um fortschrittliche Elemente und Tendenzen handelt.

L: Das heißt doch schließlich und endlich, daß es sich bei der derzeitigen argentinischen Regierung um eine fortschrittliche Regierung handelt.

V: Es ist eine Regierung, in der es fortschrittliche Elemente gibt, die auch tatsächlich die Führungsrolle innehaben.

L: Also unterstützen Sie die Junta?

V: Nicht direkt, man muß besser von kritischer Unterstützung sprechen.

 $\underline{\text{L:}}$  Ihnen zufolge ist also die Gleichsetzung Videla - Faschismus ein Irrtum?

 $\underline{\text{V:}}$  Ein klassischer abenteuerlicher Irrtum, der das argentinische  $\overline{\text{Volk}}$  nur auf den Weg des Rückschrittscführen kann.

L: Rückschritt in Bezug auf was?

15

 $\underline{\text{V:}}$  In Bezug auf die kürzlichen Erfolge der Arbeiter- und demokratischen Bewegung.

· L: Zum Beispiel?

V: Gut, zum Beispiel die Tatsache, daß Argentinien heute Handels-



Widerstand: "auf dem Weg des Rückschritts"

beziehungen mit allen Ländern akzeptiert, ganz egal, wie die ideologische Ausrichtung von ihren Regierungen ist. Aber vergessen Sie nicht, daß es auch pinochetistische Elemente gibt, die sich dagegen zur Wehr setzen.

L: Fortschrittlichkeit heißt. also Handel mit der UdSSR?

V: In diesem Fall heißt es, die Beziehungen zwischen Staaten auf die Grundlage der friedlichen Koexistenz zu stellen.

L: Und die Menschenrechtsverletzungen stören Sie nicht?

V: Doch, natürlich. Wir haben selbst 71 Parteimitglieder, die verschwunden sind.

L: Bei einer Gesamtzahl von 15 000 Verschwundenen nach Angaben von Amnesty International?

V: Das ist eine übertriebene Zahl, die nicht mit der Wrklichkeit übereinstimmt. Außerdem muß man in der Frage der Menschenrechte vorsichtig sein, wo die Grenzlinie zu ziehen ist; das wird von den Rechten und den Linken unterschiedlich gehandhabt.

L: Wenn sich die UdSSR in der UNO jeder Verurteilung Argentiniens widersetzt, ist das dann eine Haltung von Linken?

V: Natürlich, da das Gegenteil unser Volk isolieren und die pinochetistische Clique stärken würde.

L: Sagen Sie mir bitte, wer dieser pinochetistische Clique angehört. Daraufhin mennt er mir eine Liste unbekannter Namen.



"Demokratische Tendenz"

## Bilanz der WM - Kampagne

Die Argentinien-Kampagne zur WM.78 war in zweierlei Hinsicht ein Erfolg. Sie erreichte eine breite Aufklärung über das Terrorregime, und sie konnte die verschleiernde Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen teilweise zugunsten einer objektiveren Darstellung der argentinischen Verhältnisse (Staatsterror, Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung, Widerstand) beeinflussen

ARGENTINA 78:
FUSSBALL JA – FOLTER NEIN

Springerkonzern, Regenbogenpresse und Sportgazetten waren bestrebt, mit dem Ar-

gument, Fußball und Politik hätten nichts miteinander zu tun, das Geschäft mit der WM optimal auszuschöpfen. Sie waren Bündnispartner nicht nur der argentinischen Militärdiktatur, sondern auch Partner des Deutschen Fußballbundes des Herrn Neuberger und multinationaler Konzerne wie etwa Siemens, die propagandistisch (DFB) und technisch auch im Repressionsbereich (Siemens) den reibungslosen Ablauf der WM garantieren sollten. Dieser Interessensverbund stellte sich ganz in den Dienst der Militärjunta und damit des eigenen Geschäfts und ist rückblickend betrachtet der eigentliche Gewinner der WM¹78.

Dies konnten wir natürlich nicht verhindern, wohl aber zum Teil empfindlich stören. Die Kritik am DFB, die Proteste der Militärjunta gegen die Aktivitäten der Solidaritätsgruppen und der spärliche Touristenstrom sind einige Auswirkungen gewesen. Im Bereich der undefinierteren liberalen Öffentlichkeit in Politik und Presse konnten dagegen sichtbarere Erfolge erzielt werden. Die sich verstärkende Aufklärungsarbeit der Solidaritäts-, Aktions- und ai-Gruppen konnte diesen Bereich teilweise von der schweigenden Unterstützung der Militärjunta zu einer kritischen Distanz, in geringerem Maße zu einer Verurteilung bewegen.

Dies war nur möglich, weil die Aufklärungsarbeit eine seit der Solidaritätsbewegung zu Chile nicht mehr gekannte Breite erlangt hatte. Und darin liegt der Haupterfolg unserer Arbeit. Aktionsgruppen entstanden innerhalb politisch definierter Gruppen bei den Jusos, SB- und anderen sozialistischen Gruppen, den Judos, GIM, KB und KPD; im kirchlichen Bereich (CAJ, BdKJ, KHG, ESG, CVJM, Kirchengemeinden, Christen für den Sozialismus); im Internationalismus-Bereich (ai-Gruppen, 3.Welt-Gruppen, Chile- und Lateinamerika-Komitees, VIK); im Jugendbereich (Falken, Naturfreundejugend, Bund deutscher Pfadfinder, Schreberjugend, Gewerkschaftsjugend, Jugendzentren, Schülergruppen, GEW) und schließlich im Sportbereich (Sportfachschaften, Hessische Sportjugend, Allgemeiner Deutscher Hochschulsportverband, Freizeitfußball) und schließlich noch Frauengruppen, Stadtteilgruppen, antifaschistische Gruppen wie Aktion Sühnezeichen, Volkshochschulen, alternative Zeitungen, Buchläden und Kinos, Kulturgruppen, Wohngemeinschaften und Kneipen.

Der Einfallsreichtum der verschiedenen Aktionsgruppen war bemerkenswert: Eine Vielzahl von Aktionsformen, Theater- und Musikgruppen, über 100000 Aufkleber, Postkarten, Plakate, T-Shirts, Spielpläne etc.

## Protokoll des Argentinienseminars

Bonn, 2./3.7.78 (Auszüge): "Bis vor kurzem war in der BRD nichts über Argentinien bekannt. Je näher die WM rückte, desto näher kam Argentinien in das Bewußtsein der Öffentlichkeit, allerdings als "Land des Tangos"...Im Laufe der Kampagne wurde dann entschieden auch das tatsächliche Argentinien bekannt...Viele Jugendliche wurden angesprochen. Arbeiter waren häufig informierter als Studenten...

Insgesamt wurde die Kampagne als großer Erfolg eingeschätzt (relativ zu dem, was in der BRD machbar ist). Es war gelungen, in die Offensive zu gehen, was indirekt die nervöse Reaktion der Junta bezeügte, sowie die Tatsache, daß die Medien sich nach langem Zögern des Themas Argentinien auch kritisch annahmen. Es wurde erreicht, daß Argentinien im Bewußtsein der Öffentlichkeit mit Terror in Verbindung gebracht wird. Dieses öffentliche Bewußtsein hält natürlich nicht lange vor. Daher muß jetzt versucht werden, daran anknüpfend weitergehende Informationen zu Argentinien und dem BRD-Hintergrund in die Öffentlichkeit zu tragen... Wichtig für den Erfolg der Kampagne war, daß sie unter einer gemeinsamen Parole, unter gemeinsamen Forderungen gelaufen war, um eine breite Mobilisierung zu gewährleisten. Sehr wichtig war auch, daß sich so viele Gruppen auf der Grundlage dieser Forderungen vereinigten und kein "eigenes Süppchen" zu kochen versuchten...

Die Kampagne stellte auch die reaktionäre Rolle des DFB in aller Öffentlichkeit bloß. Bei Einschätzung des Erfolges darf allerdings die WM als Anlaß zur Kampagne nicht unterschätzt werden. Eine so breite Kampagne wird in naher Zukunft sicher nicht mehr durchführbar sein. Kritisiert wurde die mangelhafte Mitarbeit seitens der CADHU...

#### Zusammenarbeit mit Amnesty und anderen Gruppen

Amnesty wurde stark kritisiert, daß sie zugelassen hatte, daß ihr die gesamte Argentinien-Aktion in der Öffentlichkeit zugeschrieben wurde. Amnesty hätte klarstellen müssen, daß sich auch andere Gruppen wesentlich daran beteiligt hatten. Der Amnesty-Vertreter meinte, "er könne zwar verstehen, daß Zorn darüber aufkommen kann, wenn Amnesty die Lorbeeren anderer einstecke, daß Amnesty aber nichts dafür könne, wenn die Presse berichte, wie sie wolle". Dem wurde entgegen gehalten, daß Amnesty nicht einmal den Versuch einer Klarstellung gemacht habe und mit ihrem Schweigen dem praktisch zustimmte.

Besoners kritisiert wurde der latente Antikommunismus von Amnesty, die sofort etwas zu "Moskau" sage, wenn sie Chile o.ähnl. kritisiere. Dies umgekehrt keinesfalls tue. (Dabei ist klarzustellen, daß sich keine der Gruppen irgendwie mit der Politik Moskaus identifiziere.)...Über die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen wurde berichtet, daß DKP und KBW sich generell raushielten...

#### Weitere Zusammenarbeit

Es bestand Interesse, an Argentinien gemeinsam weiter zu arbeiten. Speziell muß die laufende Kampagne weitergeführt werden, bis die Forderung nach Aufnahme von 500 politischen Gefangenen in der BRD durchgesetzt ist. Eine Fortführung der Kampagne ist besonders wichtig, weil demnächst mit einer weiteren Repressionswelle zu rechnen ist...Weiter muß in der BRD thematisiert werden, "warum der Verfassungsschutz mit der argentinischen Junta zusammenarbeitet" (der Verfassungsschutz war bei COSAL/Hamburg eingebrochen, hatte Post geöffnet und verschwinden lassen).

Als Aktionsthemen wurden benannt: Tribunal zu Argentinien während des Krebskongresses in Buenos Aires, Gespräche mit Journalisten. Aus Frank-

17

reich kommt eine Unterschriftenkampagne für den Komponisten Michelangelo Entresa, der in einem Juntagefängnis sitzt. In der BRD könnte eine Woche zum Thema "Kultur und Unterdrückung" durchgeführt werden.

Die argentinische Linke soll Informationen zum Diskussionsstand in der argentinischen fortschrittlichen Bewegung geben. Die argentinischen Organisationen sollen prinzipiell besser informieren und längerfristig konzipierte Kampagnenvorschläge machen (z.B. zur Unterstützung der "Locas de la Plaza de Mayo")...

Trotz der teilweise als gering eingeschätzten Chance, die Bundesländer zum einstimmigen Beschluß über eine Quote zur Aufnahme von 500 Argentiniern zu bringen, war einhellige Meinung, an der Forderung "Aufnahme von 500 argentinischen Gefangenen" als politische Forderung festzuhalten. Das Vorgehen von ai wurde verurteilt. ai hat nämlich aus humanitären Gründen darin eingewilligt, insgesamt 423 Argentinier aufzunehmen statt der in dieser Höhe nicht in Anspruch genommenen Plätze für Chilenen. Zur weiteren Durchsetzung wurde beschlossen:

- Es soll ein Gespräch über weitere Zusammenarbeit mit dem ai-Vorstand geführt werden, besonders wegen des Abweichens von ai von der ursprünglich gemeinsamen Forderung "Aufnahme von 500 politischen Gefangenen". die ILA setzt sich mit dem ai-Vorstand zur Vereinbarung eines Termins in Verbindung und benachrichtigt die in der Nähe des Tagungsortes liegenden Gruppen. Die Delegation soll aus Vertretern von mindestens 3 Gruppen bestehen.
- Die einzelnen Gruppen sollen in ihren Städten Anträge an den Stadtrat stellen. Die einzelnen Gemeinden sollen sich bereit erklären, Argentinier aufzunehmen (in einzelnen Städten liegen solche Beschlüsse schon vor). Dem Rat der Stadt kann "Entscheidungshilfe" gegeben werden, indem Stipendien, Wohnung, Arbeitsplatz etc. schon jetzt.gesucht werden.
- Die einzelnen Gruppen sollen in ihren Städten Flugblatt- und Briefaktionen machen: a) Flugblatt mit einem Coupon, auf dem die 4 Forderungen der Unterschriftenliste stehen und der Hinweis, diesen Coupon an den jeweiligen Innenminister/-senator zuzuschicken, b) vorbereitete Briefe an den Bundesinnenminister Baum. Diese Briefe sollten möglichst von den Gruppen selbst abgeschickt werden (Unterschrift gegen Zahlung des Portos), da auf diese Weise kontrolliert werden kann, wieviele Briefe an den Innenminister gehen... Daneben sollen die Gruppen die geknüpften Kontakte zu Medien, Kirchen, Gewerkschaften etc. nutzen, sie zu ähnlichen Stellungnahmen zu bringen."

## Aktionsberichte

Das Westberliner Aktionsbündnis zwischen der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch (VIK), den Lateinamerika-Nachrichten und der Galerie 70 begann schon sehr früh – im August 1977 – mit der Vorbereitungsarbeit zur WM-Kampagne. Eine solche Kampagne brauchte eine inhaltliche Grundlage, um die herum sich die Aufklärungsarbeit gestalten könnte. Ergebnisse dieser Überlegung waren die Wanderausstellung "Fußball und Folter", der Argentinien-Katalog und die Dia-Ton-Serie. Die Koordination der anlaufenden Aktionsarbeit auf drei bundesweiten Seminaren in Königswinter (Dez.77), Westberlin (Jan.78) und Bad Salzschlirf (März 78) schuf dann die personellen und politischen Voraussetzungen, so daß schließlich mehr als 300 Gruppen die WM-Kampagne aktiv unterstützten. Der Argentinien-Katalog konnte in einer Auflage von 9.000 Exemplaren an 320 Gruppen

verschickt werden, die Dia-Ton-Serie wurde in über 70 Städten, die Wanderausstellung "Fußball und Folter" in 61 Städten gezeigt. Damit war einem Großteil der Gruppen eine materielle Aktionsbasis gegeben worden. In Westberlin selbst wurde die Ausstellung zweimal insgesamt 9 Wochen gezeigt, es wurden zwischen Dezember 1977 und Juni 1978 über 30 kleinere Veranstaltungen mit 20 - 150 Teilnehmern und Ende Mai/Mitte Juni zwei Großveranstaltungen mit 1000/1600 Teilnehmern durchgeführt. Zahlreiche Schulklassen besuchten die Ausstellung. Die Fachschule für Erziehung "Oberlinseminar" widmete einen gesamten Schultag dem Thema WM 78, wobei die Ausgestaltung hauptsächlich in den Händen der Schüler selbst lag. Die Veranstaltungen und Aktionen hatten einen Multiplikatoreffekt, so daß eine Vielzahl weiterer Initiativen die Aufklärungsarbeit verbreiterte.

Eine Unterschriftensammlung zu einem Text, der als Anzeige am 1. Tag der WM in Tageszeitungen erscheinen sollte, wurde von einigen Gruppen in Westdeutschland tatkräftig unterstützt. Die Unterzeichner spendeten zur Finanzierung der Anzeige auf ein dazu eingerichtetes Konto. Doch konnte der Text nach hartnäckigen Verhandlungen mit der Frankfurter Rundschau schließlich kostenlos in der FR veröffentlicht werden.

Die gesamte WM-Kampagne hatte außerdem noch den Effekt, daß die Spenden auf das Argentinien-Sonderkonto der Lateinamerika-Nachrichten sehr zugenommen haben. Spenden, Erlös aus der Wanderausstellung, aus dem Katalog-Verkauf u.a. erbrachten netto etwa 18.000 DM ein. Dies Geld wird zu je einem Drittel zugunsten der CADHU, der CGT-R und Basisgruppen in Elendsvierteln verwandt.

Chile-Arbeitsgruppe Pforzheim: Offiziell bestand eine Zusammenarbeit mit ai, allerdings war diese nicht sehr aktiv. Der Pforzheimer Oberbürgermeister konnte für die Unterschrift einer gemeinsam mit ai aufgestellten Petition gewonnen werden, worauf sich mehrere Persönlichkeiten anschlossen. Bei dem Folk-Treff Anfang April fand unsere erste Veranstaltung statt und konnte auch im Regionalradio angesagt werden. In einem Jugendzentrum führten wir zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt eine fünftägige Lateinamerika-Woche durch. Mit dem Gesamtschülerrat Nordschwarzwald wurde ebenfalls eine gemeinsame Veranstaltung gemacht. Au-Berdem bestand eine Zusammenarbeit mit dem Vikariat der evangelischen Kirche, den Antimilitaristen, dem 3.Welt-Laden Gernsbach. Mit diesen Gruppen wurde ein Fußball-Benefizspiel organisiert, das etwas im Unpolitischen steckenblieb. Evangelischen und Katholischen Pfarreien wurden die Unterschriftenlisten zugeschickt. Die gleichen Briefe wurden auch an Fußballvereine geschickt. In Zusammenarbeit mit dem "Kleinen Theater", das ein Stück über Argentinien mit Collagen und Texten vorbereitet hatte, fand eine weitere Veranstaltung statt. Außerdem wurden Infostände organisiert. Am Tag des Eröffnungsspiels konnte in der Regionalzeitung eine Anzeige veröffentlicht werden.

Initiative Frieden für Argentinien/Heidelberg: Am 22.4. fand ein Solidaritätsfest mit 500 Teilnehmern statt, ab 1. Mai wurde die Ausstellung im Lesesaal der Stadthalle gezeigt. Des weiteren wurdeeine Veranstaltung mit dem Titel "Die zwei Gesichter der WM" durchgeführt. Am 13.5. folgte ein Solidaritätsfest mit den "Schmetterlingen" in der Stadthalle mit 700 Teilnehmern. Am 31.5. wurde eine Veranstaltung mit SPD-Abgeordneten und einem argentinischen Journalisten unter dem Motto "Fußball und Diktatur" organisiert. Über diese Veranstaltung wurde ein Film gedreht, der im Abendjournal gesendet wurde. Am 1.6. führten wir einen Schweigemarsch mit 300 Personen durch.

<u>Dritte-Welt-Laden/Darmstadt</u>: Die Aktionen begannen nach dem ersten Koordinationsseminar. Es bildete sich eine "Argentinien-Initiative", bei der das SB, die CFS, die ESG, KSG und der KB beteiligt waren. Insgesamt ar-

beiteten 15-20 Leute mit. ai war zur Mitarbeit nicht bereit. Dem 3.Welt-Laden waren zwei Schaukästen zur Verfügung gestellt worden, die früher im Besitz des Stadttheaters waren. Aufgrund der Ausstattung mit Fußball und Stacheldraht kam es zum Protest des Theaterdirektors. Der Schaukasten wurde daraufhin mit "Selbstzensur" überklebt. Mit Hilfe des Hessischen Rundfunks durfte der Schaukasten wieder benutzt werden. Beim Fußballspiel Darmstadt-Nürnberg ging die Gruppe mit einem Transparent auf den Platz. Im Stadion wurden das Fußballquizz und Flugblätter verteilt. Eine Veranstaltung mit dem chilenischen Sänger Juan Miranda wurde zu einem finanziellen Mißerfolg. Die Westberliner Wanderausstellung wurde im 3.Welt-Laden gezeigt. Der Verkauf von T-Shirts bewahrte uns vor finanziellem Ruin.

Chile-Komitee/Tübingen: Mit Pogrom, dem Brasilien-AK der KHG, dem 3. Welt-Laden, der ESG und später auch dem Faschismuskomitee und der Fachschaft Geschichte und der Frauenfachschaft wurde eine Aktionseinheit gebildet. Ende März wurde die Westberliner Ausstellung gezeigt. Die Schirmherrschaft wurde u.a. von Frau Bloch, einem FDP-Landtagsabgeordneten und Professoren übernommen. Die Ausstellung wurde gut besucht und konnte durch den Rundfunk angesagt werden. Des weiteren fanden 5 Veranstaltungen mit Jugendlichen statt, auf denen u.a. Gedichte verlesen und Sketche aufgeführt wurden. Auf einem Solidaritätsfest wurde das vertonte "Buenos Dias" vorgetragen. Wir führten eine Podiumsdiskussion mit Sportdozenten, Antonio Reiser, Pressevertretern und Fußballern durch. Mit dem Brasilien-AK organisierten wir ein Seminar. Am 3.Welt-Tag zeigten wir die Westberliner Dia-Ton-Serie. Am Todestag von Elisabeth Käsemann wurus eine Anzeige herausgegeben, ein Infostand organisiert und Flugblätter verteilt. Am 4. Juni fand ein Benefiz-Fußballspiel statt, bei dem die Solidaritätsgruppe gegen Prominente spielte. Darüber wurde im 1. Programm berichtet. Zusammen mit der KHG wurde ein Politisches Nachtgebet vorbereitet.

Eine SPD-Resolution zur Nachahmung empfohlen

Die 9. Abteilung der SPD-Wedding (Westberlin) solidarisiert sich mit der Forderung von amnesty international, Jungsozialisten, Jungdemokraten und den SPD-Bundestagsabgeordneten Kuhlwein, Waltemathe, Jungmann, Erler, Coppik und Thüsing nach der Aufnahme politischer Gefangener aus Argentinien.

Die 9. Abteilung der SPD-Wedding fordert die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder auf, sich für die volle Anwendung des im Grund Grundgesetz garantierten Asylrechts einzusetzen und mindestens 500 politischen Gefangenen aus Argentinien Asyl zu gewähren.

(Einstimmig angenommen am 13.Juli 1978

SPENDET FÜR DEN ARGENTINIEN Solidaritäts-Fonds

\* \* \* \*

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN

Pschk, Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108 Kennwort: Argentinien - Hilfe

## Brief von Helmut Frenz



Von: Nationales Sekretariat, Bonn

An: Alle Bezirke, alle Adoptionsgruppen mit Argentinien-Fällen,

Argentinien-Koordinationsgruppe, Tübingen

Betr.: Argentinien-Kampagne

Bezug: Gespräch mit Vertretern der ILA am 11. Juli 1978 im Bonner

Sekretariat

Am 1. und 2. Juli 1978 hat in Bonn ein Seminar stattgefunden, zu dem die ILA (Informationsstelle Lateinamerika) eingeladen hatte, um die Argentinien-Kampagne zu diskutieren, die im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft geführt worden ist. Die Argentinien-Kampagne wurde nicht nur von amnesty international geführt, sondern auch von einer großen Zahl von Solidaritätsgruppen, Aktionsgruppen, Schulklassen und Kirchengemeinden. Neben amnesty international haben mindestens 300 weitere Gruppen sich an der Argentinien-Kampagne beteiligt, um auf das Schicksal der in Argentinien verfolgten und leidenden Menschen hinzuweisen und auf die Freilassung der politischen Gefangenen hinzuwirken. Von Anfang an war es die Absicht, alle beteiligten Gruppen zu einer großen Aktionsgemeinschaft zusammenzufassen. Aus diesem Grunde hat es auch zwei Vorbereitungsseminare in Königswinter und in Bad Salzschlirf gegeben. An diesen Seminaren hat sich auch al beteiligt. Constantin Thun als damaliger zuständiger Länderreferent für ai hat dann in einem Schreiben an die ILA zum Ausdruck bringen müssen, daß al keine Aktionsgemeinschaft mit den anderen Gruppen eingehen könne, da ai den Regeln der internationalen Organisationen folgen müßte, die zu einem Teil anderen Aktionsgruppen nicht aufgezwungen werden können; dennoch beschloß man, die Aktivitäten zu koordinieren und sich gegenseitig zu informieren.

Insbesondere wurde die Kampagne auch unter dem einheitlichen Thema "Fußball ja - Folter nein!" geführt. Zu einer gemeinsamen Petitionsliste ist es dann nicht gekommen. Dennoch sind drei Forderungen auf beiden Petitionslisten gleichlautend. An der Spitze steht die Forderung an die Bundesregierung um Aufnahme von mindestens 500 politischen Gefangenen aus Argentinien.

Auf dem letzten Seminar in Bonn haben die Teilnehmer die Kampagne der letzten drei Monate ausgewertet. Dabei ist es zu heftiger Kritik an ai gekommen.

1. Es wurde festgestellt, daß in der Öffentlichkeit die Kampagne fast ausschließlich als ai-Kampagne dargestellt worden ist; insbesondere auch viele Veranstaltungen, an denen ai sich nicht beteiligt hatte. Dieses Faktum ist sicherlich nicht ai anzulasten, zumal insbesondere Tind Thun wie auch ich uns bemüht haben, diese falsche Berichterstattung richtig zu stellen und auf die große Argentinien-Solidarität über die Grenzen von ai hinaus hinzuweisen. Dennoch ist es verständlich, daß diese Form der Berichterstattung bei einigen Gruppen zu Frustrationen geführt hat.

- 2. Kritisiert wurde außerdem, daß ai wiederholt bei Veranstaltungen und Interviews eine Koppelung zwischen der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien und der kommenden Olympiade in Moskau hergestellt hat. Diese Koppelung wurde für unnötig und möglicherweise für schädlich gehalten. Ich habe darauf hingewiesen, daß ai nicht nur die Argentinien-Kampagne geführt hat, sondern daß gleichzeitig aus Anlaß verschiedener Staatsbesuche in der Bundesrepublik Deutschland von ai Kampagnen geführt wurden im Zusammenhang mit der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Brasilien und den U.S.A. Wer eine solch breit gefächerte Menschenrechtskampagne führt wie ai, wird auch eine größere Bandbreite bei der Argumentation aufweisen müssen.
- 3. Es wird sehr heftige inhaltliche Kritik an der Kampagne von ai geführt wie auch an der Art und Weise, wie ai mit den Bundesbehörden verhandelt hat. Inhaltlich wird kritisiert, daß ai von der Forderung nach Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien abgerückt sei und das Angebot der Bundesregierung auf Aufnahme von 400 Gefangenen angenommen habe. Außerdem ginge diese Aufnahme der 400 jetzt auf Kosten der politischen Gefangenen in Chile; und schlißlich wäre nicht mehr die Rede von 400 politischen Gefangenen, sondern von 400 Argentiniern.

Angesichts der in der Tat sehr mangelhaften gegenseitigen Information ist diese Kritik verständlich. Jedoch muß ich betonen, daß die Kritik inhaltlich nicht zutrifft. Ich bedaure an dieser Stelle ausdrücklich, daß ich die ILA nicht besser über das Vorgehen von ai informiert habe. Ich muß aber auch hinzufügen, daß mir einige Grenzen gesetzt waren, die ich nicht überschreiten konnte.

Es trifft nicht zu, daß ai von der Forderung nach Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien abgerückt ist. ai fordert nach wie vor von der Bundesregierung un von den Ländern die Aufnahme von mindestens 500 politischen Gefangenen aus Argentinien. Dieses ist zu jedem Zeitpunkt vor der Bundesregierung und den Ländern vertreten worden. Richtig dagegen ist, daß wir auf Befragen von seiten des Auswärtigen Amtes hin uns damit einverstanden erklärt haben, mit der Aufnahmeaktion von 400 politischen Gefangenen aus Argentinien zu beginnen, da zur Zeit noch eine ungenutzte Quote von 423 Asylplätzen aus der vorangegangenen Chile-Aufnahmeaktion zur Verfügung stünden. Folgende Gründe haben zu dieser Entscheidung geführt. Dies habe ich sehr deutlich in einem Brief an das Auswärtige Amt zum Ausdruck gebracht. Dort heißt es:

"Aus der Aufnahmepraxis für chilenische politische Gefangene leitet sich nun unsere Befürchtung ab. Wenn in der Vergangenheit für chilenische politische Gefangene Plätze zur Verfügung gestellt wurden, dann bezog sich dieses nicht ausschließlich auf die Gefangenen selber, sondern die Familienangehörigen wurden in die Quoten miteinbezogen. Dadurch wurde die Zahl der Gefangenen erheblich reduziert. Sollte diese Praxis jetzt auch im Blick auf die argentinischen Gefangenen Anwendung finden, dann findet eine Reduzierung der ursprünglich geforderten Zahl von 500 politischen Gefangenen statt, die nicht in Einklang zu bringen ist mit unserer Bitte um Aufnahme von 500 politischen Gefangenen.

Außerdem ist zu vermuten, daß einige Bundesländer sich nicht bereit erklären werden, anstelle der chilenischen Gefangenen argentinische aufzunehmen. Zwar sind die Reaktionen der Bundesländer noch abzuwarten<sup>x</sup>);
dennoch befallen uns berechtigte Befürchtungen. Es kann nämlich geschehen, daß die meisten Bundesländer den Vorschlag des Bundesinnenministers
nicht aufnehmen. Bis jetzt liegt erst die Zusage für circa 100 Plätze
vor. Dabei ist es noch ungeklärt, ob es sich um 147 Personen aus Argentinien oder aber 147 politische Gefangene handelt. Sollte sich die chilenische Praxis durchsetzen, dann werden im Endeffekt von der Bundesre-

publik Deutschland aus nur 30 bis 40 politische Gefangene aufgenommen werden.

Diese stark reduzierte Zahl läßt sich nicht mehr in Einklang bringen mit unserer Bitte um Aufnahme von 500 politischen Gefangenen (und nicht politische Gefangene inclusive Familienangehörige)."

Alle diese Bedenken haben mich dazu veranlaßt, deutlich zu äußern, daß ai weiterhin dafür eintreten wird, daß 500 politische Gefangene aus Argentinien in die Bundesrepublik Deutschland einreisen dürfen.

Das Auswärtige Amt hat dazu in einem Leserbrief von Staatsminister Dr. Klaus von Dohnany im "Vorwärts" Stellung genommen. Dort heißt es unter anderem:

"Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, es werde 'nur noch von 400 Argentiniern gesprochen', ferner, es würden 'Chilenen gegen Argentinier ausgespielt'.

Richtig ist, daß amnesty international den Vorschlag gemacht hat, eine Argentinien-Quote für 500 politische Gefangene zu schaffen, daß dieser Vorschlag vom Auswärtigen Amt bewertet wurde und man aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der schnelleren Hilfe wegen vorübergehend auf die 400 Plätze zurückgegriffen hat, die aus der Chile-Aktion noch zur Verfügung standen."

Daraus ist deutlich zu entnehmen, daß ai zu keinem Zeitpunkt von der Forderung nach 500 politischen Gefangenen aus Argentinien abgerückt ist. Weiterhin ist bemerkenswert, daß auch die Bundesregierung weiterhin das Anliegen der Argentinien-Kampagne unterstützt.

Zu beantworten bleibt noch die Frage, ob es politisch klug war, die noch freistehenden Plätze für Chilenen anzugreifen, weil dadurch der Eindruck entstehen könnte, faß sich die Situation in Chile wesentlich gebessert habe.

Dazu ist zu bemerken, daß ai in dieser Angelegenheit Rückfrage in Chile selbst genommen hat. Die Antwort aus Chile war eindeutig zugunsten unserer Entscheidung. Ferner habe ich der Bundesregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß man selbstverständlich weitere Plätze für Chile zur Verfügung stellen muß, wenn sich die Situation in Chile dahingehend ändert, daß mehr Visa für politische Gefangene in Chile benötigt würden. Dem hat die Bundesregierung zugestimmt.

Ich persönlich muß jedoch zugeben, daß die politische Bewertung dieser Entscheidung sicherlich geteilt seinkann. Man vergesse jedoch nicht, daß wir uns in einem Dilemma befanden. Dieses bestand darin,

- einerseits durch Rückgriff auf die Chile-Quote sofort politischen Gefangenen aus Argentinien zur Freiheit verhelfen zu können;
- andererseits weiterhin die Kampagne zu schüren mit der Ungewißheit, ob wir in der Innenministerkonferenz der Länder eine solche Quote überhaupt durchsetzen können.

Diese Ungewißheit hätte in jedem Falle bedeutet, daß politische Gefangene in Argentinien weiterhin in Haft bleiben, obgleich sie bereits die Freiheit erhalten könnten.

Dieser Rundbrief vermittelt eine Menge Informationen, die vielen vorher sicher nicht bekannt gewesen sind. Am Eingang des Briefes habe ich bereits betont, daß der Informationsaustausch zwischen der ILA und ai äußerst mangelhaft gewesen ist. Das hat nicht zuletzt auch an mir gelegen.

Die Kampagne hat uns dann dermaßen in Anspruch genommen, daß wichtige Aspekte der Information aus dem Auge verloren wurden. Dieses tut mir sehr leid.

Hinzufügen muß ich jedoch, daß die Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt zu einem Teil vertraulich geführt wurden. Zu dieser Vertraulichkeit hatte uns das Auswärtige Amt verpflichtet. Dafür gibt es auch Gründe, die ich hier im einzelnen nicht anführen kann.

Nun hat man auch kritisiert, daß ai überhaupt eine solche Vertraulichkeit mit den Behörden eingegangen ist. Auch dies ist wieder eine politische Kritik. ai hat sie zu ertragen. Es gehört jedoch auch zum Arbeitsstil von ai, im Interesse der Gefangenen und der Glaubwürdigkeit unserer Organisation solche vertraulichen Verhandlungen zu führen.

Am 11.7.78 fand im Sekretariat von ai in Bonn ein Gespräch mit Vertretern der ILA statt. Dieser Informationsbrief spiegelt die Diskussion dieser Gesprächsrunde wider. Dabei ist natürlich auch die Frage aufgeworfen worden, wie es nun weitergehen soll.

Trotz des Vorwurfes, daß ai die Argentinien-Kampagne gespalten hat, meine ich, daß wir alles in unseren Kräften Stehende tun sollten, um gegenseitige Vorurteile abzubauen. Das gemeinsame Ziel sollte es uns nicht erlauben, unsere Kräfte zu zersplittern und möglicherweise gegeneinander einzusetzen.

Die ILA hat jetzt eine Liste von 500 politischen Gefangenen vorgelegt, die der Bundesregierung überreicht werden soll. Aufgrund unserer internen Regeln können wir diese Liste nicht unbesehen übernehmen. Die Argentinien-Koordinations-Gruppe muß zunächst einmal diese Liste mit dem Internationalen Sekretariat in London abstimmen.

Hinzugefügt werden muß außerdem noch, daß ai bereits vor Monaten eine Liste all derjenigen Gefangenen im Auswärtigen Amt präsentiert hat, die von ai-Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland adoptiert worden sind. Außerdem hat eine Gruppe von Parlamentariern eine Liste von 111 Gefangenen präsentiert. Dennoch sollten wir uns bemühen, eine gemeinsame Liste in Zukunft zu unterstützen.

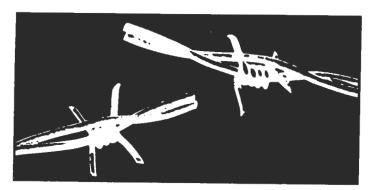
Für die weitere Strategie schlage ich vor, daß wir uns in unserer Kampagne um Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien in verstärktem Maße auf die Innenminister der Länder konzentrieren.

Ich hoffe, daß diese Informationen zwar spät, aber doch nicht zu spät herausgehen und dazu dienen, weiter zusammenzuarbeiten, um verfolgten Menschen in Argentinien zu helfen.

Mit freundlichen Grüßen

bin ich

Helmut Frenz



Resolution der Landesdelegiertenversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Berlin-West, Juni 1978

Anlüßlich der Fußballweltmeisterschaft, die dazu dienen soll, das internationale Ansehen des faschistischen Militärregimes in Argentinien aufzuwerten, soll nachstehender Brief an den argentinischen Präsidenten Videla gesandt werden. Der Brief soll daran erinnern, daß die Fußballweltmeisterschaft nicht über die politischen Zustände in Argentinien hinwegtäuschen kann.

Sr. Presidente de la República Argentina Gral. Jorge Rafael Videla Casa Rosada

Buenos Aires, C.F. Argentinien

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Landesdelegiertenversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Berlin, fordert in Anbetracht der politischen Unterdrückung in Ihrem Land:

Die sofortige Freilassung aller inhaftierten Gewerkschaftsmitglieder und anderer politischer Gefangener; die sofortige Aufhebung der Beschränkungen, die den Gewerkschaftsaktivitäten auferlegt worden sind; die sofortige Unterbindung der Folter und Mißhandlungen sowie der Erschießungen; eine Untersuchung der Fälle der Verschwundenen und die Bekanntgabe der Ergebnisse.

Briefkopf an: S.E. Herrn Botschafter der Republik Argentinien Dr. Enrique Ruiz Guinazu Konrad-Adenauer-Allee 50-52, 5300 Bonn



## **PERU**

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung haben eine Verdeutlichung der politischen Kräfteverhältnisse gebracht. Wenn auch die
Linke überraschend gut abgeschnitten hat, so sind doch die rechten
Parteien als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. Dies alles auf
dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich durch
die Austeritätsmaßnahmen vom Mai eher noch verschärft hat. Der nun
schon über zwei Monate andauernde und mit hoher Beteiligung durchgeführte Lehrerstreik ist bestes Beispiel dafür, daß das peruanische
Volk sich bewußt und erfolgreich dagegen zur Wehr setzt, die ganze
Last der wirtschaftlichen Krise auf seinem Rücken auszutragen.

# Die "Constituyente": Polarisierung und Absage an die Revolution

Nach dem Fußballspektakel - das den peruanischen Militärs nicht die vordergründig einende Kraft der begehrten Trophäe bescherte - geht nun in Peru das von Washington verordnete Demokratisierungsspiel in die zweite Runde. Am 18. Juni fanden die im Mai verschobenen Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung schließlich doch statt, nachdem die Militärregierung mit unglaublicher Härte auf den Generalstreik vom 22-23. Mai reagiert und den ordnungsgemäßen Fortgang des Wahlkampfes mit Massenverhaftungen, Deportationen der wichtigsten Kandidaten der Linken, Presseverbot, Repressionsmaßnahmen und Aussetzung der verfassungsmäßigen Grundrechte entscheidend blockiert hatte. Die Hauptadressaten dieser Maßnahmen waren eindoutig die linken Parteien und Organisationen, die durch das Verbot der Wochenzeitschriften und der Radio- und Fernsehpropaganda (das erst wenige Tage vor den Wahlen wieder aufgehoben wurde) ungleich stärker als die rechten Parteien betroffen waren, da diese aufgrund ihrer besseren finanziellen Ausstattung mühelos den Wahlkampf mit anderen Veranstaltungen fortsetzen konnten. Die Deportationsmaßnahmen betrafen - mit Ausnahme des Alibirechten Alfonso Baella Tuesta, Herausgeber der reaktionären Wochenzeitschrift "El Tiempo" und DPA-Korrespondent - ausnahmslos Linke Spitzenkandidaten, Gewerkschafter und Journalisten (10) und Mitglieder der PSR - Militars, die in der Volasco-Ara hohe Regierungsämter bekleidet hatten und von Morales Bermüdez in den Ruhestand versetzt worden waren (4). Mit diesen "vorbeugenden" Maßnahmen meinte man wohl, sich in Peru einen so offenen und schamlosen Wahlschwindel ersparen zu können, wie er etwa 3 Wochen später in Bolivien stattfinden sollte. In Peru bietet die kreolische Polit(un)kultur weit elegantere Möglichkeiten: unbequeme Opponenten werden - sofern sie zu prominent sind, um einfach in den Gefängnissen zu verschwinden, mit ein paar Dollars und einem gültigen peruanischen Paß ausgestattet, ins nächste Flugzeug gesetzt und deportiert. So sind sie erst einmal der direkten politischen Auseinandersetzung entzogen, ohne daß man sich sofort eine Menschenrechtsrüge des unnachgiebigen Jimmy C. einhandelt... Der Fall des PSR-Spitzenkandidaten und CNA-Chefberaters Gen. (i.R.) Leonidas Figueroa Rodríguez, der am Wahlsonn-



Hugo Blanco, der meistgewählte Kandidat innerhalb der Linken

tag beim Wählen verhaftet und deportiert wurde, ist nicht nur ein Paradebeispiel dafür, wie sich die Regierung über geltende Gesetze hinwegsetzt (kein Bürger darf 24 Std. vor und nach Wahlen willkürlich verhaftet werden), sondern darüber hinaus ein Kabinettstück kreolischer Politfolklore (s.hierzu Kasten "POLITISCHE FOLKLORE MIT ÜBERRASCHUNGSEFFEKTEN: DIE VERFOLGUNG UND DEPORTATION DES LEONIDAS FIGUEROA") Aber Figueroa war nicht der einzige Kandidat, der am Wahlsonntag verhaftet wurde: außer ihm wurden noch der FOCEP-Kandidat Hernán Cuentas, sowie Julián Sierra und Luís La Madrid (PCP) festgenommen. Andere - Rafael Roncagliolo (der später in der mexikanischen Botschaft um Asyl bat), Aveline Mar, Andrés Luna Vargas, Edmundo Murrugarra, Arturo Valdés u.a. - konnten sich ihrer Verhaftung nur durch Untertauchen entziehen.

Obwohl die Regierung ihr Möglichstes getan hatte, um die Wahlchancen der Linken zu blockieren, zeigten die für alle Beteiligten überraschenden Wahlergebnisse, daß alle Diskriminierungen und Repressionsmaßnahmen die Radikalisierung und den Bewußtwerdungsprozeß der Massen nicht aufhalten konnten: 30,41 % der gültigen Stimmen entfielen – den vorläufigen Auszählungsergebnissen zufolge (auf 98 % der Wählerschaft bezogen) – auf die 6 linken Organisationen. Der große Überraschungssieger unter den linken Bündnissen war die FOCEP, die sich mit 11,52 % der Stimmen als drittstärkste politische Kraft des Landes hinter der APRA (35,14 %) und der PPC (26,16 %), den beiden rechten Parteien mit den höchsten Stimmengewinnen, plazieren konnte.

Überraschend an diesem - durch klare Polarisierung zwischen der reaktionären Rechten und der Linken gekennzeichneten - vorläufigen Wahlergebnis ist der hohe Stimmenanteil der APRA, die zwar als politische Kraft keineswegs totgeglaubt war, von der jedoch niemand angenommen hatte, daß sie im Spektrum der Rechten eine so eindeutige Führungsposition einnehmen werde. Dabei spielt sicherlich die Wahlenthaltung der Belaunde-Partei AP eine nicht unbedeutende Rolle, da potentielle APWähler z.T. auf die APRA ausgewichen sind. So kann die APRA sich num den Anbiederungsversuchen der AP und der PPC des Pinochet-Bewunderers Bedoya gegenüber als Partei der "demokratischen Linken" (sic!) gebärden und bei dem zweifellos angestrebten Zweckbündnis Bedingungen stellen, die es ihr in jeder Situation erlauben werden, dem Gebot der politischen Opportunität (bzw.des politischen Opportunismus) zu folgen, ohne

sich nach irgendeiner Seite hin kompromittieren zu müssen. Man muß sich in diesem Zusammenhang fragen, in wessen Namen denn der sozialdemokratische portugiesische Premier Mario Soares sprach, bzw. aus welcher Richtung die APRA wieder die aus früheren Epochen herrührende Unterstützung erwarten darf, wenn man den Wortlaut seines eilends,kurz nach den Wahlen an den APRA-Chef Haya de la Torre übersandten Glückwunschtelegramms betrachtet: "Ich beglückwünsche die APRA herzlim zu dem bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung errungenen Sieg der im Kampf um die Konsolidierung der Demokratie einen entscheidenden Schritt voran darstellt..." Immerhin hat der gewonnene Stimmenanteil der APRA wohl soviel Selbstvertrauen beschert,daß der führende APRA-Politiker Townsend öffentlich erklärt hat,seine Partei werde auf keinen Fall die "Konstitutionalisierung" der Militärregierung zulassen...

DER TAGESSPIEGEL übt sich als Hellseher (18.7.78)

Während alle Welt noch über die möglichen Auswirkungen des APRA-Wahlerfolges sinniert, weiß es der Berliner TAGESSPIEGEL offenbar schon ganz genau: unter der Überschrift "Sozialdemokratischer Wahlsieg in Peru" wird unter Hinweis auf die bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung errungene relative Mehrheit von 37 der 100 Sitze ohne Umschweife erklärt, daß demnach victor Raul Haya de la Torre "Präsident Perus" (sie!) werde. Sind da schon die "Königmacher" å la Portugal am Werk???

So ist die "neue" Parteienszene zwar mehrheitlich von altbekannten Gesichtern bestimmt, aber die Rechte muß sich mit einer neuen Konstellation auseinandersetzen, in der die Linke einen historisch beispiellosen Wahlerfolg errungen hat, der die Antwort der breiten Massen auf den politischen Bankrott des "revolutionären Prozesses" und seiner Vertreter wiederspiegelt. In diesem Zusammenhang läßt der überraschend hohe Stimmenanteil der FOCEP innerhalb der Linken vermuten, daß diese Organisation am eindeutigsten den Protest und die totale Absage an alle Spielarten bürgerlicher Reform- und Antireformpolitik vermitteln konnte. In den Wahlkommentaren wird übereinstimmend darauf hingewiesen, daß der bekannteste Kandidat dieser Organisation, Hugo Blanco, mit seinem seit den Bauernkämpfen der sechziger Jahre unvermindert fortbestehenden Charisma entsheidend zu diesem Wahlerfolg beigetragen habe. Der Stimmenanteil der UDP liegt innerhalb der Linken zwar mit nur 4,23 % erst an 4. Stelle, hinter der PSR (5,93 %) und der PCP (5,73 %), aber andererseits muß betont werden, daß die Einigungsbestrebungen innerhalb der Linken hauptsächlich von diesen beiden Gruppierungen - FOCEP und UDP - gefordert und vorangetrieben werden. In den Kommentaren zum relativ niedrigen Stimmenanteil der UDP wird betont, daß jedoch die Zusammensetzung der UDP-Wählerschaft, insgesamt betrachtet, organischer als die der FOCEP sei. Der Stimmenanteil der PCP (5,73 %) wird im Hinblick auf die schweren inneren Auseinandersetzungen der letzten Monate doch als relativ beachtlich eingeschätzt. Die PSR hatte wohl mit einem höheren Stimmengewinn als nur 5,93 % gerechnet. Trotzdem wird der erreichte Anteil - angesichts der Verfolgung, Verhaftung und Deportation von insgesamt 11 führenden Mitgliedern (4 Deportierte, 3 Verhaftete, Deportationsbefehl für 2 weitere Mitglieder, 2 Mitglieder, die um Asyl gebeten haben) - als nicht unbedeutend eingeschätzt. Zumindest die Regierung scheint dieser Auffassung zu sein, da sie sich in ihren nur mühsam verschleierten Versuchen, ihr Versagen auf allen Ebenen zu überdecken,fest auf die PSR als Hauptsündenbock eingeschossen hat und die PSR als Urheber einer "subversiven Bewegung" bezeichnet. Gleichzeitig bezichtigt sie, wie in derlei Fällen üblich, "ausländische Aktivisten", wie linke



Wahllokal: Immer unter den Augen der Militärs

Chilenen, Argentinier, Kubaner, sowie Angehörige des Klerus der geistigen und tatsächlichen Beteiligung an diesen"subversiven Aktivitäten"... Inzwischen bahnt sich innerhalb der PSR ein Klärungsprozeß an, der es den progressiven Kräften innerhalb dieser Partei erleichtern dürfte. sich den Einigungsbestrebungen von UDP und FOCEP anzuschließen: in der ersten Juliwoche kam es zu einer Spaltung zwischen dem sog. "offizialistischen" Flügel um A. Meza Cuadra und dem radikaleren Flügel um A. Aragón, Die Christdemokraten (PDC) konnten sich nur unter "ferner liefen" plazieren: mit nur 2,35 % liegt ihr Stimmenanteil noch unter dem der Odria-Partei UNO(2,50 %). Auffallend ist schon beim Betrachten dieses vorläufigen Wahlergebnisses die schr hohe Zahl von leeren Wahlzetteln (blancos: 2,66 % der Wählerschaft), ungültigen Wahlscheinen (nulos: 9,15 % der Wähler), angefochtenen Stimmen (impugnados: 0,49 %) und Auslassungen bzw. Nichtberücksichtigungen (omisos: 13,45%!). Diese Tatsache muß u.a. auch dahingehend interpretiert werden, daß in einem Land wie Peru, in dem der größte Teil der Bevölkerung aus Migranten und Armen besteht, die kaum über ihre Bürgerrechte informiert sind, geschweige dem in der Lage sind, ihrer Bürgerpflicht - in diesem Fall der gesetzlich vorgeschriebenen Wahlpflicht (bei Nichteinhaltung droht, wenn kein Dispens gewährt wurde, eine für Unterbeschäftigte und Arbeitslose astronomische Geldbuße!) - nachzukommen, z.B., die Kosten für die Reise in den zuständigen Wahlbezirk aufzubringen, einen Wahlzettel korrekt auszufüllen u.dgl. mehr. Zwar ist von offenem Wahlschwindel nicht berichtet worden, jedoch lassen sich subtilere Arten der Wahlmanipulation, unter Ausnutzung der Unkenntnis vieler Wähler, kaum ausschließen.

Währenddessen scheint es, daß die Regierung auf die Proteste sämtlicher Parteien und auch auf die internationale Kritik reagiert hat und num bereit ist, die demokratische Passade des Übergangs zu einer zivilen Regierungsform halbwegs wiederherzustellen: Mitte Juli erließ sie eine Amnestie, die es den Deportierten gestattet, ins Land zurückzukehren und sich dort, wie es heißt, "uneingeschränkt" zu betätigen. Man wird sehen, ob die deportierten gewählten Volksvertreter tatsächlich ihren Platz in den am 18.Juli zusammentretenden vorbereitenden Ausschüssen der verfassuursgebonden Versammlung einnehmen können.



Politische Folklore mit Überraschungseffekten : die Verfolgung und Deportation des Leonidas Figueroa

Zum Staatsfeind Nr.1 erklärt, mußte Leonidas Figueroa nach dem Generalstreik untertaughen, um seiner Verhaftung und Deportation zu entgehen. Zu seiner Ergreifung war ein Suchtrupp von 50 Mann mit Schießbefehl singesetzt worden. 3 Tage vor den Wahlen erschien der meistgesuchte Mann Perus im Präsidentenpalast. Von den Wachsoldaten ehrerbietig mit militärischem Gruß empfangen, gelang es ihm, ein PSR-Kommunique und ein an den Präsidenten gerichtetes Protestschreiben abzugeben, in dem die Achtung der demokratischen Grundrechte, die Rückkehr der Deportierten, die Freilassung der Verhafteten und die unbehinderte Durchführung der Wahlen gefordert wurden. Währenddessen entfalteten die anwesenden PIPs (polit.Polizei)eine hektische Aktivität. Da gerade der chilenische Außenminister dem peruanischen Präsidenten einen Besuch abstattete. hatte sich eine größere Anzahl in- und ausländischer Journalisten versammelt. Eine spektakuläre Verhaftung des bekannten PSR-Politikers mußte in dieser Situation unliebsames Aufschen erregen. So konnte er ungehindert eine vielbeachtete Pressekonferenz abhalten und sich anschließend - von einem Schwarm Journalisten umgeben .. durch einen Seitenausgang des Präsidentenpalastes und die gegenüberliegende Passage der Hauptpost zurückziehen. An deren Ausgang stand ein Motorrad für iha bereit, auf dem er dann - sozusagen mit abschließendem Theaterdonner - in Richtung Limacr Altstadt entschwand. - Beim zweiten Auftauchen aus dem Untergrund allerdings war die Polizei dann nicht mehr so zimperlich: am Wahlsounteg wurde er in Anwesenheit zahlreicher Journalisten verhaftet und, laut "es lebe die Demokratie" ausrufend, in einen Polizeiwagen gezerrt. Innerhalb weniger Stunden erfolgte dann die Deportation nach Argentinien. Hierzu der ironische Kommeniar der LIMA TIMES (23.6.78): "Natürlich kannte er das Deportationssystem gut: schließlich hat er es früher selbst mitbetrieben."

## Otto der Starke

oder wie ein Erziehungsminister
einen Lehrerstreik anheizt,
zusammenschweißt und konsolidiert



Der SUTEP-Lehrerstreik ist ein Fiasko. Alles ist normal... Niemand wird unterdrückt. Die Lehrer verdienen mehr als ein General..Bla...bla..bla..

Der seit mehr als 2 Monaten durchgeführte massive Lehrerstreik in Peru ist durch die vertohrte Unnachgiebigkeit des Erziehungsministers, General OTTO ELESPURU, ein "nationales Problem" geworden. Die Lehrergewerkschaft SUTEP (Sindicato Unico de los Trabajadores de la Educacion del Peru) hingegen hat in der Führung eine starke Einigung, an der Basis eine ungeheure Festigung und in der Bevölkerung eine ständig wachsende Unterstützung erfahren. Eine wichtige Ermunterung zur Fortsetzung ihres Kampfes bedeuten die internationalen Solidaritätsbezeugungen der Lehrer aus Spanien, Mexico, Venezuela und Kolumbien.

Als die wiederholten Versuche der SUTEP-Lehrergewerkschaft scheitern, in direktem Kontakt mit dem Erziehungsminister die Forderungen der Lehrerschaft zu diskutieren, wird am 8. Mai 1978 der unbefristete Lehrerstreik ausgerufen. Zu Anfang ist es vor allem ein Streik der Sekundarschullehrer. Das anmaßende Verhalten, die bornierte Starrköpfigkeit und die strikte Weigerung des Erziehungsministers mit den Vertretern der Lehrergewerkschaft in einen Dialog zu treten, hat die Streikfront inzwischen derart gestärkt und gefestigt, daß sich nunmehr nach mehr als 70 Streiktagen ca. 90-95% der 140.000 peruanischen Lehrer dem Streik angeschlossen haben.

## Warum streiken die Lehrer?

Die seit Jahren eingefrorenen Gehälter der Lehrer und die in den letzten Monaten erlassenen "Wirtschafts-Pakete" Haben zur Folge, daß innerhalb der akademischen Berufe die Lehrer am schlechtesten bezahlt und behandelt werden. Viele Lehrer sind auf Nebenarbeiten angewiesen, um ihre Familie ernähren zu können. Neben ihren Gehaltsforderungen stehen ebenfalls Forderungen zur Arbeitsstabilität, d.h. keine willkürlichen Entlassungen, keine Versetzungen ohne Angabe von

31

Gründen, etc. Außerdem fordern sie die Festanstellung der Lehrer mit Kurzzeitverträgen, die Wiedereinstellung der wegen politischer Motive entlassenen und
versetzten Lehrer, Sozialversicherung, auch für die Familienangehörigen, Abschaf
fung der willkürlichen Gehaltskürzungen, und neben weiteren Forderungen ebenso
die legale Anerkennung der SUTEP-Gewerkschaft, ein Antrag, der schon vor Jahren mit 87.000 Unterschriften eingereicht wurde.

## Maßnahmen zur Unterdrückung des Sreiks

Um dem Streik Wind aus den Segeln zu nehmen, dekretiert der Erziehungsminister am Vorabend des 15. Mai, – an dem das bislang letzte Wirtschaftspaket verkündet wird –, vorsorglich die sofortige, vorübergehende Einstellung von Lehr- und Verwaltungstätigkeiten in allen Schulen, Hochschulen und Universitäten des Landes, selbst Kindergärten sind davon nicht ausgeschlossen. Dieser Maßnahme folgt am 19. Mai die Aussetzung aller verfassungsmäßigen Grundrechte.

In den Tagen vor, während und nach dem massiven Generalstreik am 22./23. Mai zeigt sich wieder die unerbittlich zuschlagende blutige Repression gegen die Bevölkerung mit einer Bilanz von zahlreichen Todesopfern, unzähligen Verhaftungen und Landesverweisungen von politisch unliebsamen Dppositionellen. Der Lehrer – streik wird auf zwei Ebenen bekämpft: Einerseits wird eine intensive Kampagne in den von der Militärregierung gesteuerten Medien (Presse und Fernsehen) gestartet,

die entstellende Informationen und gelenkte Manipulationen beinhalten. (Vgl. hierzu die mutige Stellungnahme der Zeitungsleute von OJO und CORREO, die in einem offenen Brief gegen die vom OCI (Dficina Central de Informacion) verordnete Diffamierung der Lehrer protestieren. Näheres in der nächsten LA-Nachrichten-Ausgabe.) Beispielsweise werden die Tatsachen dahingehend verfälscht, daß die "unnachgiebigen Gewerkschafts

Beispielsweise werden die Tatsachen dahingehend verfälscht, daß die "unnachgiebigen Gewerkschafts führer den Dialog mit dem Minister abgebrochen haben", wo jedoch das Gegenteil richtig ist. Ansonsten versucht man, dan Streik totzuschweigen, was u.a. zur grotesken Situation führt, daß während einer Fernseh-Wahlsendung beim Thema Lehrer streik der Ton ausgeblendet wird und nur noch die Mundakrobatik des UDP-Kandidaten sichtbar ist.

Auf der anderen Ebene werden brutale Repressions maßnahmen gegen die Lehrer geführt. Eine von etlichen tausend Lehrern besuchte SUTEP-Lehrerversammlung in der Universität San Marcos wird unter Mißchtung der Universitätsautonomie von der Guardia Civil gesprengt. Frauen, Männer und Kinder werden brutal zusammengeschlagen. Es gibt viele Verletzte und Verhaftungen (in den ersten 4 Wochen seit Streikbeginn 105 verhaftete Lehrer,



Zum Kampf entschlossen

die ohne Kontakt zur Außenwelt gehalten werden). Von den Verhafteten werden 60 Lehrer an den darauffolgender Tagen in das berühmt-berüchtigte Urwald-Gefängnis "El Sepa" verlegt.

## Zuspitzung des Streiks

Ein weiterer Eklat mit dem Erziehungsminister bringt dem SUTEP-Lehrerstreik wachsende Sympathie und Solidarität aus der breiten Bevölkerung und eine verstärkte Streikdurchhaltebereitschaft. Die vom Erziehungsminister in einem Fernsehauftritt proklamierte Gesprächsbereitschaft äußert sich derart, daß er am 12. Juni den SUTEP-Vertretern kurzerhand erklärt, er habe keinerlei Autorisierung, um die am Vortag getroffenen Vereinberungen einzuhalten. Bis zur Haustür des Ministeriums biete er freies Geleit, jenseits der Haustür läge die Verantwortung in den Händen des Innenministers. An dem von politischer Polizei (PIPs) umzingel-

ten Ministerium befinden sich glücklicherweise auch 8.000 Lehrer, die ihre Gewerkschäftsführer zum Ministerium begleitet haben. So wird verhindert, daß die SUTEP-Führung verhaftet wird. Dennoch kommt es zu einer Verhaftung und bei der sich ergebenden anschließenden Demonstration zu Zusammenstößen mit den "bufalos", apristischen Schlägertrupps, die das Feuer eröffnen und 3 Lehrer und eine Lehrerin mit Schüssen verletzen.

Zum gleichen Datum löst die Polizei in Yurimaguas, Departement San Martin, eine Veranstaltung zur Unterstützung des Lehrerstreiks auf,-mit Schußwaffen I Ergebnis: 5 Tote (Schüler und Lehrer) und 6 Schwerverletzte.

Wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Bevölkerung teilweise durch Fußball und Wahl-Zirkus abgelenkt wurde, so wird für sie jedoch durch diese Ereignisse eine weitere Verschärfung des Lehrerstreiks sichtbar. Am Wahltag wird u.a. Alejandro Apaza, SUTEP, bei seiner Stimmabgabe im Wahllokal verhaftet. Die meisten Schulen, die am Wahlsonntag regen Wählerbesuch hatten, bleiben -trotz ministerieller Anordnung - weitgehend leer, da sich selbst in den entferteren ländlichen Gebieten die Lehrer ebenfalls dem Streik anschließen. Auf nationaler Ebene beginnen Protestmärsche, Schweigemärsche, Demonstrationen, Kirchenbesetzungen. Streikküchen und Gemeinschaftsaktionen unterstützen den Kampf der Lehrer.



"Otto, la huelga no se ha roto"

"Otto, der Streik ist ungebrochen"

Presse-Ankündigungen, daß über 70 Lehrer entlassen werden, weil sie an der Fortsetzung des Streikes schuldig seien, spitzen die Situation zusehends zu, vor allem, weil der Erziehungsminister diese Maßnahme im Fernsehen geleugnet hatte. Angesichts des gescheiterten "Dialogs" mit dem Erziehungsministerium wird der Versuch unternommen, den Präsidenten Morales Bermudez um Gesprächsbereitschaft zu bitten. Dieser weist die Lehrer nicht nur ab, sondern obendrein wird der friedliche Aufmarsch der Lehrer von der Guardia de Asalto (Spezial-Überfall-Komando) aufs heftigste auseinandergetrieben. Auf ähnlich barbarische Weise überrennen Angehörige der Guardia Civil in einem Elendsviertel eine Streikküche, reißen die Töpfe vom Feuer und stürzen den Inhalt in den Schmutz. Derartige Aktionen von Regierungsseite stärken den Zusammenhalt der Streikenden nur umsomehr.

Außerdem erhalten sie Unterstützung durch einen Aufruf von 69 Privat- und kirchlichen Schulen, die ihr "Verständnis für die gerechten Forderungen der Streikenden" ausdrücken und zu einem Solidaritätsstreik von 48 Stunden am 22./23. Juni aufrufen (nach einem ersten Solidaritätsstreik am 8./9. Juni). Auch unter den Eltern wächst die Sympathie für die streikenden Lehrer, obwohl die Erziehungsbehörden großangelegte Elternversammlungen organisieren, um Stimmung gegen die Lehrer zu machen. In einer solchen Großveranstaltung beispielsweise schlägt das Pendel vollkommen um; die Veranstaltung endet mit einer Sympathiekundgebung für die streikenden Lehrer und einer spontanen Geldsammlung für die Streikkasse.

Inzwischen kann auch die amtliche Presse Informationen über Streikaktivitäten d.h. Kirchenbesetzungen, vor allem in Arequipa (300 Lehrer), Huancayo (72 Lehrer), Lima, Chiclayo, Balconcillo nicht mehr verschweigen. In allen Teilen des Landes finden Protestmärsche statt; in Tumbes, Talara, Trujillo, Piura, Arequipa, Puno, Cuzco, Apurimac, Madre de Dios, Huancayo, Jauja, La Droya und Lima, wie "La Prensa" zugeben muß. Am 29. Juni treten außerdem 130 Lehrer in den Hungerstreik, dem sich täglich weitere Lehrer anschließen.

## "Militarisierung" des Erziehungsministeriums

Als Gegenmaßnahme sieht der Erziehungsminister keine andere "Lösung" als das Dekret DL 22222, ein Notstandsgesetz, was den Minister autorisiert, eine "selektive Reorganisation" in seinem Sektor durchzuführen, die sowohl das Verwaltungs- als auch das technische Personal, Beamte und Direktoren treffen kann. Eine erste Umbesetzung erfolgte schon: Andres Cardo Franco, Vize-Minister, wurde durch einen Brigade-General im Erziehungsministerium abgelöst, was auf die harte militaristische Handhabung des Problems hinweist. Nach besagtem Dekret können in Zukunft auch die Posten der regionalen Schulverwaltungen (Schulräte) von Militärs übernommen werden, genau wie diese im Erziehungsministerium über die Entscheidungsgewalt verfügen werden, so daß in Peru offen von einer "Militarisierung"des Erziehungsministeriums gesprochen wird.

Es ist zu bezweifeln, daß Otto Elespuru, der Erziehungsminister, mit diesen Maßnahmen den kämpferischen Willen der streikenden Lehrer bricht. Die von ihm initierte verleumderische Medienkampagne (inzwischen hat er entrüstet die Absetzung des OCI-Chefs gefordert, weil seine "Anti-Lehrer-Instruktionen"in der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden)und die plumpe und harte Repression, die erste Opfer gefordert hat, haben die SUTEP-Gewerkschaft nach innen und außen konsolidiert.

Der Erziehungsminister, - die Austeritätsforderungen des IWF im Rücken -, will durch "nachgiebiges Verhandeln" kein "schlechtes Beispiel" für weitere Lohn- und Gehaltsforderungen im Land geben, um in diesem langandauernden Streik kein Image von "Schwäche" aufkommen zu lassen. Inzwischen hat seine "Taktik" internationales Interesse erregt; Lehrer aus Venezuela traten in einen 24stündigen Sympathiestreik und Lehrergewerkschaften aus Spanien und Kolumbien beschlossen, einen Tagesverdienst ihren streikenden peruanischen Kollegen zuzuwenden.

## Vom Regen in die Traufe

## oder die Folgen des Maipakets

Bie Spektakel von Wahl und Fußball dürfen nicht darüberhinwegtäuschen. die wirtschaftliche und finanzielle Situation Perus hat sich seit Erlaß des ökonomischen Maßnahmenpakets vom Mai eher noch verschlechtert. Über einen neuen Beistandskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist noch nicht entschieden und die Streichung der Preissubventionen haben sich so direkt auf die Kaufkraft der Beyölkerung ausgewirkt, daß die nationale Industrie kurz vor dem Stillstand steht." Die Einschränkung des öffentlichen Defizits kann keine Priorität mehr haben... Wenn man nicht sofort einen Weg findet den Güterfluß und die Produktion aufrechtzuerhalten, wird die Industrie kollapsieren..." und "...der Markt und die installierten Kapazitäten an den Meistbietenden der ausländischen Geldanleger verschleudert werden" (So der peruanische Industrielle Drassinower in einem Interview mit der Zeitschrift CARETAS) Tatsächlich ist die Produktion in bestimmten Sektoren der verabeitenden Industrie (Getränke, Textil. Ölraffineration, Gummiprodukte, Zement, Metallerzeugung, Transportmaterialien) schon in den ersten 3 Monaten des Jahres erheblich zurückgegangen(Im Vorjahresvergleich um bis zu -30%). Zu den Absatzschwierigkeiten kommen noch hinzu die Probleme bei der Beschaffung bestimmter Importgüter, auf die die peruanische Industrie

angewiesen ist. Die Regierung braucht alle Devisen, deren sie habhaft werden kann zur Amortisation der Auslandsschulden. So stehen von den monatlich für Importe benötigten60 Mill. Dollar nur 15 Mill. zu Verfügung. Die Differenz ist bei entsprechendem goodwill der Lieferanten wiederum mit privater Verschuldung abzudecken. Die ausländischen Finanziers der peruanischen Kupferproduktion (allen voran Chase Manhattan Bank) drängen schon lange vergeblich darauf, daß sie von den durch den Kupferexport eingenommenen Devisen zumindest über den Teil verfügen können, der zur Zahlung notwendiger Importgüter für die Minen benötigt wird.





Silva Ruete

Stellen so schon die Folgen der vom IWF erzwungenen Maßnahmen sowohl für die peruanische Bevölkerung als auch für die Wirtschaft ein Desaster schwersten Ausmaßes dar, so ist andererseits die versprochene Belohnung noch lange nicht in Sicht. Dem Lande wurde zwar eine Atempause gewährt durch die Hilfskredite der USA (15 Mill.Dollar) und lateinamerikanischer Staaten (86 Mill. Dollar von Venezuela, Mexico, Brasilien , Argentinien und rührenderweise beteiligte sich auch die Dominikanische Republik mit einer Mill. Dollar) und durch den Zahlungs aufschub, den internationale Banken (185 Mill. Dollar) und die UdSSR gewährten (wofür Breschnew, Gromyko und Kossygin dann auch vom peruanischen Kanzler De la Puente mit dem "Orden del Sol" (Sonnenorden) dekoriert wurden), ein neues Abkommen mit dem IWF steht aber noch aus. Vier wichtige Punkte sind immer noch ungeklärt:

- Das Haushaltsdefizit, durch die Maimaßnahmen schon von 120 auf 80 Mrd. Sol gedrückt, soll noch einmal um die Hälfte verringert werden. Dies soll vor allen Dingen erreicht werden durch die Kürzung der immensen Militärausgaben von zur Zeit 100 Mrd. Sol (= 35% des Gesamtetats), die , so der Wirtschafts- und Finanzminister Silva, wegen "der besonderen geopolitischen Situation Perus" notwendig seien.

- Das Minus inder Devisenkasse soll Ende des Jahres nicht über 150 Mill. Dollar hinausgehen, während die peruanische Zentralbank von 240 Mill. Dollar ausgeht.

- Der Wechselkurs soll am Jahresende auf 200 Sol/Dollar eingestellt werden und nicht wie von der Zentralbank anvisiert 180 Sol.

- Die von der Regierung ins Auge gefaßte Erhöhung des derzeitigen Zinssatzes von 17,5% um weitere 12% wird vom IWF als zu wenig angesehen, der Zinssatz habe mindestens mit der Inflation mitzuhalten. Von diesen kurzfristigen Forderungen des IWF unter Druck gesetzt, tut sich der neue mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstete Superminister für Wirtschaft und Finanzen Silva mit seinem Gehilfen Industrieminister Lanata auch reichlich schwer, ein auf längerfristige Ergebnisse zielendes Sanierungsprogramm auf die Beine zu stellen.

Der am 5. Juli eingetroffenen Vorhut der IWF-Komision wurde zunächsteinmal ein Willkommensgruß in Form einer zweifachen Solabwertung entboten (Der Sol steht nun auf 155 Sol/Dollar), das Ergebnis der Verhandlungen bleibt abzuwarten. Wichtigstes Thema in den Wirtschafts- und Finanzkreisen Perus: Wird die Leiterin der Südpazifikabteilung des IWF Linda Koenig, die noch im März von Präsident Morales zur persona non grata erklärt worden war, persönlich wieder nach Peru kommen und ihren kritischen Blick walten lassen?

## **BOLIVIEN**

## Der neue Banzer heißt : Juan Pereda Asbun

Am vergangenen 9. Juli fanden die von Banzer am 9. November 1977 angekündigten Parlaments- und Präsidentschafts-Wahlen statt. Wie es zu erwarten war, gewann der von der Diktatur aufgestellte Kandidat, der Ex-Innenminister der jetzigen Regierung Luftwaffen-General Juan Pereda Asbūn. Diese ersten allgemeinen Wahlen in Bolivien nach 12 Jahren haben ein relativ grosses Echo in der internationalen Presse gefunden, da sie das erste Beispiel für die "Carterische Demokratisierung" lateinamerikanischer Diktaturen darstellen sollen.

In den letzten Monaten war Bolivien Schauplatz einer konfusen politischen Schlacht, die gezielt zur Verwirrung der Wähler von Seiten der Diktatur inszeniert worden ist. So wurden 52 Parteien zugelassen, von denen die Mehrheit kurzerhand von Banzer-Änhänger gegründet worden waren. Hinzu kam die künstliche Spaltung einiger traditioneller bürgerlicher Parteien, wie z.B. der PRA. Mit Hilfe eines für die Regierung maßgeschneiderten Wahlgesetzes wurde die Verwirrung zusätzlich gesteigert, z.B. durch die Aufstellung von 12 Wahlbündnissen mit 10 Präsidentschaftskandidaten, die sich einen Monat vor der Wahl in die offiziellen Listen eintrugen. (siehe L.N. 60,61)

Vier Wochen vor dem Wahltag stand die Rechte mit 7 Kandidaten gespalten da. Angesichts der eindeutigen Stärkung der Kandidatur der progressiven und demokratischen Kräfte – in der Gestalt der FUDP – zogen drei rechte Wahlfronten ihre Kandidaturen zurück, um gemeinsam mit Pereda gegen die Opposition vorzugehen. Zwei von diesen sind unbedeutende Taxi-Parteien (in Bolivien werden diese Parteien ironischer Weise so genannt, weil ihre Gesamt-Mitgliederschaft in einem Taxi paßt die Dritte jedoch, die FSB mit Oberst Jose PatinoAyoroa, ist wegen ihres noch großen politischen Einflußes im Departament Santa Cruz von Bedeutung. Für die FSB bedeutete dieser Schritt den politischen Niedergang ihrer alten Führung, die sich in letzter Zeit auf demagogische Weise gegen den Diktator Banzer stellte, sich ihm jetzt aber in aller Stille unterordnete.



Trotz des Terrors erschienen die Arbeiter massenhaft zu den Kundgebungen der F.U.D.P.

Die Vorbereitungen zum Wahlbetrug; -also die Sicherung von Peredas Sieg- liefen parallel zu dieser "politischen Klärung". Der Wahlkampf nahm in diesen Tagen, wie erwartet , an Schärfe zu, wobei es oft zu gewaltigen Ausbrüchen fanatisierter, paramilitärischer Schlägertrupps der FSB und Pereda kam, die einige Verletzte gefordert haben. Die Diktatur hat alle ihre politischen und materiellen Mittel eingesetzt, um die Opposition nicht nur einzuschüchtern, sondern um vor allem zu verhindern, daß ihre Propaganda die Landbevölkerung erreicht. Obwohl ständig in unzähligen Stellungsnahmen versichert wurde, daß sich die Armee bei diesen Wahlen neutral verhalten würde, hat sie die absolute Kontrolle außerhalb der Stadtgebiete zusätzlich verschärft. Sie verhaftete und verprügelte alle jene, die es trotzdem wagten, auf dem Land die Programme und Standpunkte der Oppositionellen Parteien vorzutragen. Wahlkampfmaterial der nicht zu Pereda zählendem Kräfte wurde beschlagnahmt und die Abhaltung von Wahlkundgebungen in den wichtigen Gebieten und Ortschaften schlicht verboten.

> Die Diktatur ließ die Universität von La Paz während des Wahlkampfes von der Polizei Besetzen



Höhepunkt dieser Einschüchterungs-Kampagne war das de facto-Verbot der herrschenden Wirtschaftskreise in Santa Cruz - der Hochburg Peredas und der faschistischen Kräfte - an den Kandidaten der Linken, Dr. Hernan Siles Suazo, in diesem Departament Wahlkundgebungen abzuhalten. In bezahlten Großanzeigen und an den Häuser-Wänden wurde er mit dem Tode gedroht, falls er es wagen sollte, Santa Cruz zu betreten. Das Innenministerium in La Paz schaltete sich daraufhin ein und gab Herrn Siles ebenfalls zu erkennen, daß er alleine die Verantwortung trüge, falls es zu vermeidbaren blutigen Auseinandersetzungen kommen sollte. Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Pereda-Anhänger kann nicht klarer zum Ausdruck kommen.



Am Wahltag in Santa Cruz

## Die Zahlen sprechen gegen die Regierung

Unter dem Zeichen des Wahlbetrugs, der Einschüchterung und des Terrors von Seiten der Regierung, fanden am Sonntag, den 9. Juli die Wahlen mit einer hohen Beteiligungsquote im Lande statt. Am Tag nach der Wahl wurden nach der Zählung eines Drittels der abgegebenen Stimmen die ersten Ergebnisse veröffentlicht. Auf Landes\_spene ergab sich folgendes Bild: Coneral Juan Porade (MND)

General Juan Pereda	(UNP)	40.2%	(+
Dr. Hernan Siles S.	(FUDP)	34.0%	
Dr. Victor Paz E.	(ADRN)	13.8%	
General R. Bernal E.	(DC)	6.9%	
Casiano Amurrio	(FRI)	1.8%	

Die vorläufige Ergebnisse zeigten in den Städten einen Trend zu ungunsten von Pereda. So ergab sich z.B. folgendes Bild in La Paz, der wichtigsten und größten Stadt des Landes:

Dr. Siles Suazo (FUDP)	45.0%	(+)
Gen. Juan Pereda (UNP)	37.4%	,
Dr. Victor Paz (ADRN)	7.3%	
Gen. R. Bernal (DC)	2.9%	
Casiano Amurrio(FRI)	2.5%	

Die Gewinner in den Departaments waren:

Dr. Siles gewann in La Paz, Chuquisaca und Potosi Gen Pereda gewann in Santa Cruz, Beni und Pando Dr. Paz gewann in Tarija Gen. Bernal gewann in Oruro Uber Cochabamba lag keine Information vor.

Diese Ergebnisse beschränken sich auf die Städte und die diesen nahegelegenen Ortschaften und können - nach früheren Wahlerfahrungen in Bolivien- als kaum verfälschte Werte betrachtet werden.



Der Präsidentschaftskandidat der FUDP Dr. Hernan Siles S. (MNRI) und der Kandidat für den Senat Jaime Paz Z. (MIR)

Am Abend des Wahltages verlangte die UNP die Partei Peredas, von der nationalen Wahlkommission angesichts der "späten Stunde und der Ausschöpfung aller Beteiligten" die Stimmenzählung abzubrechen. Damit konnte die Regierung verhindern, daß weitere Ergebnisse veröffentlich werden, die bis dahin deutlich gegen ihre Interessen und ihre Erwartungen standen.

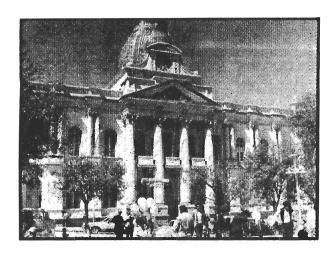
(+) Alle Zahlen stammen aus "PRESENCIA" vom 10.7.78

## 39

## Der Wahlschwindel war zu grob

Währenddessen lief die Wahlverfälschungs-Maschinerie auf vollen Touren und in den darauffolgenden Tagen kamen die Wahlurnen aus den ländlichen Gebiete an. Nach letzten Meldungen hat Pereda angeblich über 56% der Stimmen auf sich vereinigen können. An einer Wahlverfälschung zugunsten Peredas gibt es keine Zweifel.

Diese Tatsache hat nicht nur in Bolivien sondern auch im Ausland den Wahlausganges unglaubwürdig erscheinen zu lassen. International bekannte Persönlichkeiten, die als Beobachter von der Menschenrechts-Kommission Boliviens und den Oppositionsparteien eingeladen wurden, wie z.B. Lord Erick Avebury, Vorsitzender der Menschenrechtskommission des britischen Parlaments, Martin Kriele, vom Weltkirchenrat und Professor an der Universität Köln, Wilson Boots, Vertreter vom Weltkirchenrat in den USA und Professor an der Universität von Drew, Lennart Aspergen aus Schweden, Vertreter von Amnesty International und Guillermo Galeote, Abgeordneter der PSOE, haben sich zu Wort gemeldet und auf einer Pressekonferenz in La Paz sehr kritische Urteile zum Wahl-Prozess und - Ausgang gegeben. Nach den Vorwürfen gegen die Manipulationen der Banzer Regierung hat selbst das US-Aussenministerium in einer ersten Stellungnahme Bedenken geäußert



Der "Palacio Legislativo" in La Paz, hier tagte im Jahr 1971 die "Volksversammlung"

Am 6. August wird voraussichtlich der neue "verfassungsmäßige" Präsident des Landes ins "Palacio Quemado" einziehen: Ex-Innenminister und Luftwaffengeneral Juan Pereda Asbún. Doch die tatsächliche Macht wird weiterhin von General Hugo Banzer aus dem Armee-Hauptquartier in Miraflores, wo er als Oberkommandierender der Streitkräfte seinen Sitz hat, ausgeübt werden.

Was läßt sich schon jetzt in einer Zusammenfassung über die neue Situation in Bolivien sagen?

- 1.- Wie von den Militärs versprochen, haben die Wahlen stattgefunden und Bolivien gehört zu jenen Länder Südamerikas, die den Schritt von einer de facto- zu einer de jure-Diktatur vollzogen haben. Damit hat sich die "neue" Regierung ein "demokratisches" Aushängeschild geschaffen, das vor allem wichtig ist für die internationalen Kreditinstitute und für die imperialistischen Länder wie die USA und die BRD, die an einer "Demokratisierung" äußerst interessiert waren. Mit Hilfe dieser demokratischen Fassade, können jetzt neue Kredite und Investitionen von diesen Regierungen und Banken an Bolivien geleistet werden, ohne auf Kritik zu stoßen.
- 2.- Die Macht und die Regierung bleiben, wie es oft genug von Banzer widerholt wurde, bei der Armee. Die führende Rolle der Stretkräfte in Staat und Wirtschaft hat durch diesen Figurenaustausch ihre Kontinuität bewahren können. Der Abnutzungs-Prozess, dem die Armee in den letzten 4 Jahren verstärkt ausgesetzt war, kann durch das Wahl-Manöver für einige Zeit abgebremst werden.
- 3.-Auf wirtschaftlicher Ebene wird die "neue" Regierung, wie es Pereda während der letzten Monate versichert hat, den von Banzer eingeschlagenen Kurs verfolgen und vertiefen. D.h. vor allem ausländische Direktinvestitionen werden in Zukunft massiv gefördert werden; die staatlichen Betriebe wie z.B. Comibol und YPFB, die trotz international günstiger Preise, von Zinn (Comibol) und Erdöl (YPFB) in den letzten Jahren, heute tief in den roten Zahlen stecken, sollen durch Reprivatisierung "saniert" werden. Die Erhöhung der Preise für alle Nahrungsmittel und Konsumgüter und die damit verbundene Steigerung der Inflationsrate zu Lasten der bolivianischen Bevölkerung sind unter der jetzigen Wirtschafts-Politik unerläßlich und sind demnächst zu erwarten.
- 4.- Über ein "legales" Werkzeug um die Arbeiterklasse zu kontrollieren, das vor Monaten von allen Arbeitern abgelehnte und mittlerweile vergessene neue Arbeitsgesetz, wird die "neue" Regierung nicht verfügen. Dafür sind die Repressions-Mechanismen weiterhin noch unberührt geblieben und die wichtigsten staatlichen Minengebiete bleiben weiter als "Militär-Zonen" (Gebiete unter militärischer Kontrolle) bestehen.



Die Kampferprobte Bergarbeitergewerkschaft stellt sich gegen die Diktatur und den Wahlbetrug

Wegen der wirtschaftlichen Krise, die sich jetzt anbahnt, wird sich die zukünftige Regierung - falls sie den angekündigten Kurs verfolgtgezwungen sehen, Maßnahmen zu ergreifen, die direkt gegen die Interessen des größten Teil s der Bevölkerung und gegen die Interessen der Nation als solche gerichtet sein werden.

Aus der Geschichte und der Erfahrung der Arbeiterbewegung Boliviens geht hervor, daß die ausgebeuteten Massen solche Maßnahmen nicht kampflos hinnehmen werden.

Da die Repressionsorgane der Diktatur unangetastet geblieben sind, und das "Staatssicherheitsgesetz" weiterhin in Kraft bleibt, müssen wir damit rechnen, daß in den nächsten Monaten die Repression gegen die fortschrittlichen Kräfte erneut einsetzen wird und sich die Gefängnisse des Landes mit politischen Gefangenen füllen werden.



Kurz vor Redaktions-Schluß erreichten uns noch wichtige Meldungen:

1.- Am 18.7. ist der Präsidentschaftskandidat der FUDP Dr. Hernan Siles Suazo in La Paz vor der diplomatischen Vertretung des Vatikans in einen Hungerstreik getreten, um die Militärdiktatur zur Respektierung des Volkswillens zu zwingen. Dr. Siles Suazo verlangt:

a) Die Anullierung des gefälschten Wahlausganges.

b) Die Abhaltung neuer Wahlen; ohne Manipulation, mit vollen Freiheiten und ohne Wahlbetrug.

c) Den Rücktritt der Militärregierung von General Hugo Banzer.

2.- Die Central Obrera Boliviana (Gewerkschaftsdachverband) hat alle ihre Mitglieder für den 21.7. zu einem Generalstreik aufgerufen, um diese Forderungen zu unterstützen und durchzusetzen.

3.- Am 20. 7. wurden die gefälschten Wahlergebnisse von der nationalen Wahlkommission für ungültig erklärt und die Abhaltung neuer Wahlen innerhalb von drei Monaten verlangt.

Alles deutet daraufhin, daß in den nächsten Tagen entweder das dramatische Ende der sechs-monatigen "Demokratischeöffnung" oder das ruhmlose Ende der sieben-jährige Banzer Diktatur statt finden wird.

Wir können jetzt schon sagen, daß Banzer alles daran setzen wird, das Neu-Wahlen erst 6 Monate nach dem 6.8. 78 statt finden, damit er selbst als "Kandidat des Nationalismus" auftreten kann.



## DOMINIKANISCHE REPUBLIK

## Balaguers letzter Wahltrumpf

Die Wahlen vom 16. Mai lassen PRD-Führer Guzman als neuen Präsidenten der Dominikanischen Republik hervorgehen. Die neue Regierung kann jedoch nur zusammen mit Balaguer regieren: seiner PR (Reformistische Partei) wurden durch Manipulationen die Mehrheit im Senat zugesprochen. Die Interessen der Carter-Regierung bleiben in jeder Hinsicht gewahrt.

Die Entwicklung bis 1978 (ZT)

Die Geschichte des US-Imperialismus in der Dominikanischen Republik beginnt Anfang dieses Jahrhunderts, als die USA ihre Zoll-Agenten schickten, um die Rückzahlung früherer Anleihen zu sichern. Als dies aussichtslos schien, wurden die Marines geschickt, um die Insel zu besetzen. Diese Invasion von 1916 hatte jedoch weiterreichende Ziele: die traditionellen Wirtschaftsverbindungen mit Europa (England, Frankreich, Spanien) zu brechen und die dominikanische Ökonomie an die USA zu binden.

Da ein Teil der dominikanischen Bourgeoisie, die "Santiago Oligarchie", die vor allem in der Landwirtschaft, landwirtschaftlicher Industrie und dem Europa-Export-Markt aktiv war, dadurch ihre Basis entzogen sah, setzte sie dieser Invasion Widerstand entgegen. Ein anderer Sektor der Bourgeoisie, der stärkere Verbindungen zur Industrie und dem US-Export-Markt hatte, wurde durch die Invasion gestärkt. Dieser Sektor sollte später zur"Trujillista-Oligarchie" werden. Ein dritter Sektor der kleineren Bourgeoisie ist mit wichtigen Sektoren der Kleinbourgeoisie (Intellektuelle, kleine Geschäftsinhaber und Landbesitzer) verbunden. Keiner dieser Sektoren entwickelte eine antiimperialistische Perspektive, da die dominikanische Wirtschaft seit der US-Invasion immer stärker in den Weltmarkt mit dem Verkauf von Rohstoffen und Einfuhr von Industriegütern eingegliedert wurde, eshalb die einheimische Bourgeoisie nur in Abhängigkeit vom Imperialismus prosperieren kann. Jedoch entwickelt sie stark nationalistische Positionen, wenn dies taktisch von Vorteil ist.

Im Lauf der 20-er Jahre hatte sich die ökonomische Anbindung an die USA schon stark entwickelt: bereits 70% der dominikanischen Importe kamen aus den USA und 30% der Exporte gingen dorthin. Ähnlich wie Nicaraguas Diktator Somoza stieg Rafael Trujillo mit Hilfe der USA in der neugeschaffenen Nationalgarde zur Macht auf und übernahm 1930 mit dem Segen der US-Botschaft die Regierungsgewalt.

Der 2.Weltkrieg verstärkte die Isolierung vom Europäischen Markt und die Kontrolle des Handels durch die USA. Durch die hohen Rohstoff-Export-Preise konnte Trujillo jedoch erhebliches Kapital im entstehenden Industriesektor einsetzen, speziell im Zuckersektor. Er kaufte US-Unternehmen auf, wo er konnte und schuf konkurrierende Industrien dort, wo die US-Firmen nicht verkaufen wollten. So konnte er zuletzt 65 bis 85% der gesamten Wirtschaft kontrollieren (!).

Als diese Konkurrenz zu den US-Unternehmen für die USA zunehmend spürbar wurde, besonders nachdem Kuba nach der Revolution als Zuk-kerlieferant ausfiel, ließen sie Trujillo fallen und mit Hilfe von CIA und der Santiago-Oligarchie 1961 ermorden.

Trujillos Familienbesitz ging in Staatskontrolle über. Der Kampf um die Kontrolle des Staats und seiner neuen Reichtümer ließ die dominikanische Bourgeoisie sich weiter spalten und löste die politische Instabilität der 60-er Jahre aus. Zwischen 1961 und 1965 war die dominikanische Politik bestimmt durch eine ständige Verschiebung von Allianzen zwischen der Santiago-Bourgeoisie, der Trujillista-Bourgeoisie (repräsentiert in der "Reformistischen Partei" PR) und den Sektoren um Juan Bosch und seiner PRD (Revolutionäre Dominikanische Partei): einige unter Trujillo enteignete Industrielle, kleinere Händler und Unternehmer, und Teilen der Volksmassen. So gewann Bosch 1962 mit Hilfe des Trujillista-Sektors die Wahlen, wurde 1963 mittels Militärputsch durch eine Santiago-Trujillista-Allianz gestürzt (selbst verständlich mit Unterstützung der USA).

Am 28.4.1965 besetzten nordamerikanische Truppen die Dominikanische Republik, um eine zivil-militärische Revolte niederzuschlagen, die zum Ziel hatte, die konstitutionelle Regierung Juan Boschs wieder-einzusetzte, sich jedoch zusehens zu einem nationalen Befreiungs-kampf entwickelt hatte. Wie bei solchen Gelegenheiten üblich, wurde die Invasion gerechtfertigt mit dem "Schutz der US-Bürger"; dahinter stand jedoch, die Rückkehr einer nationalistisch-reformistischen Regierung zu verhindern, die dem ausländischen Kapital und der dominikanischen Oligarchie bestimmte Hindernisse in den Weg gelegt Hatte: im Artikel 23 der neuen Konstitution z.B. wird der Großgrundbesitz beschränkt, im Artikel 25 wird der Erwerb von Boden durch Ausländer eingeschränkt.

Ergebnis der Invasion waren Wahlen, die Joaquin Balaguer an der Spitze der PR unter den Bedingungen der Besetzung des Landes durch US-Truppen "gewinnen" konnte. Inzwischen wurde Balaguer auch durch die Santiago-Oligarchie gestützt, da die Volksoffensive von 1965 eine solche Einigung der Bourgeoisie notwendig machte, was auch von den USA mit starkem Druck verfolgt wurde.

Balaguers erste Maßnahmen, um dem US-Kapital als seinem "Brötchengeber" zu dienen, waren das Einfrieren der Löhne, was bis heute noch gültig ist, bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 14% jährlich, d.h. heute beträgt der Reallohn weniger als die Hälfte des Reallohns von 1969, der ohnehin schon ein Hungerlohn war.

Weiterhin wurden die militantesten Gewerkschaften zum Schweigen gebracht mit der Zerstörung der größten Gewerkschaft des Landes SUCR und dem größten Gewerkschaftszusammenschluß FOUPSA, der Ausweisung und Inhaftierung von Gewerkschaftsführern, dem Verbot von unabhängigen Gewerkschaften und der Schaffung von gelben Gewerkschaften in den größten ausländischen Unternehmen, dem Verbot der gewerkschaft-lichen Organisierung von öffentlichen Angestellten, der Landarbeiter. Um die Offensive der Arbeiterklasse, Bauern und Armen, sowie kleiner Guerrilla-Gruppen einzudämmen, ließen die USA der Dominikanischen Republik enorme Finækhilfen zukommen: zwischen 1950 und 1968 beliefen sie sich auf 510 Mio. Dollar. Und wo dies nicht abhelfen sollte, pumpten sie viele Millionen Dollar ins Land, um die dominikanischen Militär- und Polizeikräfte in den letzten Counter-Insurgency-Methoden zu trainieren, was Balaguer in brutale Repression gegenüber den Kräften der Befreiungsbewegung umsetzte.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen Balaguers sahen vor, dem Auslandskapital enorme Vorteile zu verschaffen mit der Befreiung von Steuern und Auflagen für Exportindustrien, für die Einfuhr von Rohstoffen und Öl, durch die Aufhebung der Begrenzungen für das Auslandskapital und für Ausfuhr von Gewinnen. Ebenso wurde die Ausnutzung von enormen Infrastrukturmaßnahmen angeboten, die vom Staat mit Hilfe von internationalen Institutionen (BID, Weltbank) durchgeführt wurden und mehr als 100 Mio. Dollar verschlangen, wodurch die Staatsschuld rapide anwuchs.

Das US-Monopolkapital ließ sich dann auch nicht lang bitten und realisierte zwischen 1965 und 1974 Investitionen von 460 Mio Dollar, dazuhin kommen 200 Mio Dollar von internationalen Organismen, die durch die USA kontrolliert werden: BID, Weltbank, US-AID. Auch der Finanzsektor ist inzwischen in die Hände der Chase Manhatten, First National City Bank, Bank of America und Banc of Boston übergegangen. Insgesamt wurde die dominikanische Wirtschaft unter Balaguer aufs massivste entnationalisiert.

Das großangelegte Industrialisierungsprogramm hat jedoch entgegen dew Ankündigungen an der drastischen Arbeitslosigkeit der 5 Mio. Einwohner der Dominikanischen Republik nichts Wesentliches geändert: nach Angaben der OIT beträgt die Arbeitslosigkeit immer noch 20%, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auf dem Land sogar 60%. Andererseits hat es dem nordamerikanischen Kapital beträchtliche Gewinne eingebracht: das Unternehmen Falconbridge z.B., das Nickelausbeute betreibt, konnte in 4 Jahren bei einer Investition von 190 Mio. Dollar mineralien im Wert von 457 Mio. Dollar ins Ausland verkaufen.

### Die Wahlen vom 17. Mai

Verschiedene Faktoren bestimmten, daß 1978 die Wahlen anders laufen sollten als 1970 und 1974, bei denen die Opposition zum Verzicht auf die Kandidatur eingeschüchtert wurde: das Aufbegehren der Volksmassen gegen sinkende Kaufkraft, Arbeitslosigkeit und Repression hatte sich nicht vermindert, die anderen Sektoren der Bourgeoisie meinten mehr denn je, daß Balaguer nun genug regiert habe, und nicht zuletzt, sondern vor allem war dies eine Gelegenheit für die Carter-Regierung, ihre "Demokratisierungs"-Politik in Lateinamerika zu bestätigen, sofern die elementaren Interessen des US-Kapitals nicht angetastet würden, und "saubere Wahlen" zu fordern.



Joaquin Balaguer



Antonio Guzmán

So ließen sich diesmal eine Vielzahl von Parteien von links nach rechts aufstellen, während die marxistisch-leninistischen Parteien NCT (Kommunistischer Kern der Arbeiter), die MPD (Dominikanische Volksbewegung) und die MLN (Bewegung der Nationalen Befreiung) nicht teilnahmen.

Die wichtigste Partei war neben Balaguers PR die PRD, die während der Wahlkampagne die Unzufriedenheit des Volks für sich vereinnahmt hatte. Diese PRD ist heute jedoch eine andere als vor 5 Jahren: 1973, in einer Krisensituation nach der Rückkehr und baldigen Vernichtung des legendären Guerrillaführers Caamaño und seiner Gruppe durch das Militär, spaltet sich die PRD an ihren inneren Widersrüchen, Juan Bosch zieht mit einer Gruppe aus und gründet die linksnationalistische PLD (Partei der Befreiung der Dominikanischen Republik). Die verbleibende PRD ihrerseits macht einen wesentlichen Rechtsrutsch durch, hin zu einer sozialdemokratischen Partei, die aus ihrem Programm alle früheren nationalistischen Maßnahmen strich, wie Nationalisierung einiger ausländischer Unternehmen, Begrenzung des Auslandskapitals, was nur folgerichtig iat, da ihre Führer die vom US-Imperialismus verinnahmte schwache nationale Bourgeoisie und Mittelschichten vertreten.

Inzwischen spricht PRD-Führer Guzman nur noch von der Revision einiger Verträge mit ausländischen Unternehmen, wobei er jedoch die einflußreichste Firma, Gulf+Western, unerwähnt läßt. Auch im Agrarbereich sind von der PRD keine einschneidenden Maßnahmen zu erwarten: sie will das Agrarreformprogramm von Balaguer fortsetzen mit kleinen Modifizierungen technischer Art. Die einzige Maßnahme, die die PRD von der PR Balaguers noch wesentlich unterscheidet, soll die Generalamnestie für politische Gefangene und Rückkehr der Exilierten sein, was wohl auch eine Minimalforderung der Volksmassen ist, die ihn letztlich gewählt haben. Abgesehen davon versucht Guzman, sich gegenüber der Regierung in Washington als eine genehme Alternative zu Balaguer unter dem Vorzeichen der "nationalen Einheit" darzustelen: er will sein Kabinett "mit den besten Männern aller Parteien füllen", Balaguers PR eingeschlossen; er gab sogar bekannt, er wolle Balaguer als Ratgeber seiner Regierung einsetzen.

Außer den erwähnten Parteien lassen sich noch hervorheben die MIDA (Bewegung der demokratischen Integration), die jene Sektoren der Bourgeoisie repräsentiert, die auf Ablösung Balaguers drängen; weiterhin die PCD (Kommunistische Dominikanische Partei), die Balaguer mit seinem Agrarreformprogramm unterstützt hat, "um einen Staatsstreich a lo Pinochet zu verhindern", wofür sie zum Dank von Balaguer durch ein Spezialgesetz als einzige marxistisch-leninistische Organisation legalisiert wurde.

## Balaguers Manipulationen

Was nach der Wahl geschah, ist z.T. bekannt: als bei der Auszählung klar wurde, daß die PRD gewinnen würde, wurde das zentrale Wahlbüro von Militärs besetzt, die Massenmedien (Zeitungen, Rundfunk) außer Funktion gesetzt, Militärs patrouillierten in den Straßen, der Ausnahmezustand herrschte in einigen Gegenden bis zu einer Woche nach den Wahlen, Geschäfte und Schulen wurden geschlossen, eine systematische Repression in den Armenvierteln der Hauptstadt und im Landesinnern losgelassen gegen Oppositionelle, besonders gegen Mitglieder der PRD, dominikanische Presseleute und vor allem gegen die Vorsitzenden der Wahlausschüße, um sie zu Wahlfälschungen zu zwingen.Ein Militärputsch drohte.



Sofort mobilisierten sich verschiedene Sektoren des Landes: die Unternehmer von Santiago, die dominikanischen Bischöfe, Intellektuelle, die linken politischen Organisationen, Gewerkschaften und Priester, die forderten, den Volkswillen zu respektieren.

Auf internationaler Ebene wies das US-State Department Balaguer und die Militärs sofort in die von Carter vorgegebenen Schranken zurück und drückte seine "Besorgnis" über die militärische Einmischung aus. Der Präsident von Venezuela und die Sozialistische Internationale machten ihren Einfluß geltend, um ihrer Mitgliedspartei PRD den Sieg anerkennen zu lassen.

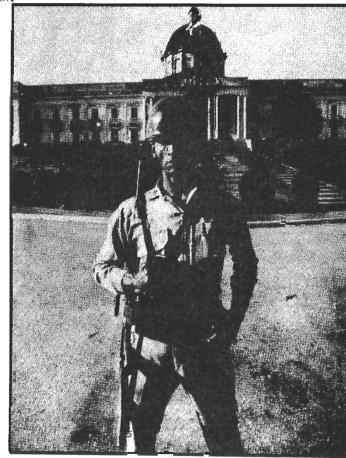
Die Militärs kuschten denn auch, die Auszählung ging weiter und ergab, trotz Wahlfälschung (Raub, Austausch von Wahlurnen, Mehrfachwahl von PR-Wählern) einen Sieg der PRD über die PR. Alle anderen Parteien waren unter die 5%-Klausel gefallen und damit als legale Parteien von der Bildfläche verschwunden.

Balaguer mußte den Sieg Guzmans zugestehen; die PR kündigte jedoch sofort an, beim zentralen Wahlausschuß Protest einzulegen wegen Wahlfälschungen der PRD (!). Schiebereien waren zu erwarten, als der Wahlausschuß am für das offizielle Ergebnis festgelegten Tag, dem 16. Juni, immer noch nicht das Endresultat der Wahlen bekanntgab.

Am 7.Juli endlich wurde Balaguers letzter Trick offensichtlich: der Wahlausschuß erklärte Guzman zum Präsidenten, sprach jedoch nach äußerst seltsamen und zweifelhaften Berechnungen 4 PRD-Senatssitze der PR zu. Damit hat die PRD zwar die Mehrheit in der Deputierten-kammer (49 zu 42 Sitzen), der Senat jedoch wird von der PR majorisiert (16 zu 11 Sitzen).

Was bedeutet das für die Regierung Guzman? Balaguers PR hat fast vollständiges Vetorecht für alle Gesetzesvorschläge der PRD, die von beiden Kammern angenommen werden müssen. Außerdem ernennt der Senat die Richter und den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, der die Exekutivgewalt übernimmt, sollten Präsident und Vizepräsident für unfähig erklärt werden oder sterben.

In der Tat eine elegante Lösung für Washington, das die Frage der 4 Senatssitze als eine "zu interne" Frage ansieht, um dafür den Druck der US-Botschaft einzusetzen: Guzman ist Präsident, die "Demokratie" von US-Gnaden hat gesiegt, eventuellen wesentlichen Veränderungen durch die Guzman-Regierung ist jedoch von vornherein ein Riegel vorgeschoben.



## 49

## BRASILIEN

## Eine Redemokratisierungsfront

Am vergangenen 30. Juni wurde in der Abgeordnetenkammer von Sao Paulo feierlich die "Nationale Front für die Redemokratisierung" gegründet. Dem Akt wohnten mehr als 2 tausend Menschen bei, darunter zahlreiche Abgeordnete, Senatoren, Bürgermeister und Stadtverordnete aus verschiedenen Landesteilen.

Daß die Basis der MDB(Brasilianische Demokratische Bewegung) sicht bar die Szene beherrschte, erklärt die Tatsache, daß einige ihrer Abgeordneten - zum Beispiel der Kolumnist der Wochenzeitung "Movimento" und ehemaliger Parlamentsabgeordneter Chico Pinto - tatkräftig das Zustandekommen der 'frente' möglich gemacht haben. Aber das Podium, wo an jenem Abend herausragende Persönlichkeiten des politischen Lebens sprechen sollten, wurde nicht nur von MDBs besetzt: neben den "gemässigten" MDB-Größen wie dem Parteivorsit≃ zenden Ulysses Guimaraes , dem Abgeordneten Marcos Freire und dæn Senatoren Paulo Brossard, Tancredo Neves und Franco Montoro , nahmen auch Abtrünnige der Regierungspartei ARENA Platz. Zum Beispiel Senator Teotonio Vilela und der ehemalige Industrie- und Handelsminister Severo Gomes, "Stargäste" des festlichen Aktes waren jedoch General Euler Bentes Monteiro und Senator(& Bankier) Magalhaes Pinto, eine Schlüsselfigur unter den Zivilisten, die 1964 die Vorbereitungen für den Militärputsch traf General Euler Bentes ergriff das Wort: " Ich bin der Front beigetreten, um meine Vorschläge bekannt zu machen und einer meiner Vorschläge ist die Verhinderung von Konfrontation und Radikalisierung. Mein Vorschlag lautet auch: Friede sei unter den Brasilianern."

Benedito Marcilio, Vorsitzender der Metallarbeiter-Gewerkschaft von Santo Andre, Sao Paolo, erklärte jedoch in einem Redebeitrag, daß er der Front zwar formal nicht beitreten wolle, daß diese aber von den Arbeitern und von allen, die für die realen Interessen des brasilianischen Volkes kämpfen, unterstützt würde. Voraussetzung sei jedoch, daß die Front bereit sei, die "Fahnen" des Volkes zu tragen. Darunter sei zu verstehen eine uneingeschränkte Amnestie, die Einberufung einer demokratischen und souveränen verfassunggebenden Versammlung, die Wiedererlangung des Streikrechtes, das Ende des "Lohnknebels" und schließlich die Schaffung eines einheitlichen Gewerkschaftsverbandes - die CGT.

Ein Vertreter der regionalen Studentenunion von Sao Paolo (UEE) äußerte sich in ähnlicher Form (und wurde dabei fast der Versammlungs-leitung vom Podium gewiesen ...), als er sagte: die Front sei zwar "positiver Faktor", aber die Studenten würden sie solange nicht unterstützen, wie sie nicht in der Lage wäre, ein Programm vorzustellen, aus dem hervorgeht, daß sie unmißverständlich "für die Interessen der Arbeiter und der Unterdrückten" eintritt.

Als dem Publikum die Nachricht bekannt gegeben wurde, daß Rundfunk und Fernsehen über die Versammlung nicht berichten durften, wurde das Landesparlament von einem langen Pfeif- und Buh-Konzert ergriffen...

Einhellig ist die Meinung ausschlaggebender Politiker, die dem fortschrittlichen Flügel der MDB und der Gewerkschaftsbewegung nahestehen bei der Beurteilung der 'frente' und ihrer tatsächlichen Repräsentativität: als Lysaneas Maciel , der soeben aus dem europäischen Exil nach Brasilien zurückgekehrt ist, General Euler Bentes begrüßte, sagte er: "Ich bewundere Ihre Haltung. Aber nicht etwa weil Sie ein Vier-Sterne-General sind , sondern wegen Ihrem frühzeitigen Eintreten für den Rechtsstaat und die Volksmobilisierung, denn diese wird der 'frente' erst jene Inhalte vermitteln , die ihr fehlen." Dies war ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Unmissverständlicher äußerte sich allerdings der ebenfalls aus dem Exil zurückgekehrte, ehemalige Arbeitsminister von Joao Goulart, Almino Afonso:".. es muss einleuchtend sein, daß im Rahmen einer politischen Front Bündnisse geschlossen werden, die kurzfristige Ziele verfolgen. Wichtig ist also in diesem Zusammenhang, daß ausgewiesene Kräfte des Volkes, das heißt vor allem die Arbeiter, in diesen Prozess aktiv eingreifen, und zwar so, daß an den Ergebnissen dieses Prozesses ihr eigenes soziales Interesse abzulesen ist. (...) In diesem Zusammenhang frage ich mich, ob zum Beispiel die Arbeiterinteressen hier Beachtung finden. Ich frage mich auch, ob die Frage der gewerkschaftlichen Freiheiten, das heißt hier das Streikrecht zur Diskussion steht. Schliesslich muss es jedem einleuchten, daß ein Redemokratisierungsprozess des Landes, der die Organisations freiheit der Arbeiter (...) nicht in Rechnung stellt, alles andere als Demokratie bedeutet. (Movimento, 29.5.78)

#### General Euler Bentes





General Figueiredo

## Worum geht es und wer sind die Akteure?

Begonnen hatte es mit dem "Absprung" des Senators Magalhaes Pinto von der Regierungsplattform General Geisels, als dieser den Chef des Geheimdienstes(SNI), General Figueiredo, zum "offiziellen Regierungskandidaten"auserwählte.

Diese Entscheidung Geisels wurde als "unerträglicher Akt des Alleinganges des Präsidenten" seitens Vieler Offiziere bezeichnet, die Mitte 1977 begannen, nach einer "alternativen Kandidatur" zu suchen.

Auf diesem Weg "trafen" sich sowohl Vertreter der faschistischen Strömung innerhalb der Streitkräfte (spontan angeführt von dem unter Geisel aus seinem Amt entfernten ehemaligen Heeresminister Silvio Frota) mit zivilen Politikern vom Schlage Magalhaes Pintos, die eine Absetzung der "Militärmacht" in der Staatsführung forderten. Aber weniger ein gemeinsames Programm vereinigte die Unzufriedenen als vielmehr ihre Ablehnung des "zentralistischen Führungsstils" Geisels , d.h. die Suche nach einem Ausweg aus der Krise und der Änderung der Herrschaftsform.

An zahlreichen Orten des Landes meldeten sich nun Offiziere zu Wort und übten unverhohlen Kritik am Präsidenten und an der Entwicklung, die die "Streitkräfte zum Steigbügelhalter der Korruption und der Technokraten" gemacht hatte(Oberst Tarcisio Ferreira vor seiner Festnahme im Juli 77).

"Alternativ" zur Kandidatur Figueiredos erschien vielen die Figur des prestigereichen Generals Euler Bentes Monteiro; ein Wortführer der Nationalisten im FührungsSeine Erfahrungen an der Spitze der SU-DENE, die für den ärmsten Teil von Brasilien zuständig ist, schärfte sein Bewußtsein für Prioritäten und dazu gehör te für ihn die Entwicklung des Binnenmarktes, womit er das "exportorientierte Modell" von Geisel ablehnte.

Einleuchtend ist daher das Prestige Euler Bentes unter einheimischen Kleinunternehmern und Vertretern der nationalen Bourgeoisie im sog. "Kapitalgüter-Sektor": nach einer Umfrage de leitschift "Vejt" vom Anfang dieses Jahres, unterstützen etwa 23 Prozent der einheimischen Unternehmer seine Kandidatur und nur 12,9 Prozent die Kandidatur Figueiredos.

Ein wesentlicher Aspekt der Kandidatur des Generals ist jedoch die Tatsache, daß sich die oppositionelle MDB auf einen Kandidaten aus den Reihen der Militärs selbst einigen möchte, obwohl diese Entscheidung erst durch eine Parteikonvention im August, nach den Parlamentsferien herbeigeführt werden soll.

Dabei verzichtet die MDB auf die Unterstützung von Magalhaes Pinto, der 1. ge gen Figueiredo kaum eine Chance hätte, obwohl er als "zivile Alternative" gewisse Attraktivität besitzt, aber 2., und dies ist der Hauptgrund, weil Magalhaes nicht der geeignete Mann an der Spitze einer Front ist, die zunehmend nationalistische Töne anschlägt. Dies erklärt sich aus der Rolle, die der Bankier im







General Hugo Abreu

Finanzsektor spielt, wo er bisher auch enge Beziehungen zum Auslandskapital unterhielt, das die Grundlage des abhängigen Wirtschaftsmodells ist.

Die Kandidatur Euler Bentes für die MDB - und es kann vorausgeschickt werden, daß er der offizielle Kandidat sein wird - erklärt sich daher vor allem aus einem Widerspruch: auf der einen Seite ist diese Kandidatur ein Hinweis auf die wachsende soziale Bewegung, die abgestützt wird durch nationalistische und liberale Strömungen. die an weitergehenden Reformen interessiert sind, als die, die Geisel bereit ist zuzugestehen.

Auf der anderen Seite ist diese Kandidatur Ausdruck der Interessen der unzufriedenen Teile der Gesellschaft, die zum Beispiel im militärischen Bereich von General Hugo Ab eu angeführt wird.

Generäle wie Abreu teilen die Meinung Euler Bentes', wonach das Image der Streitkräfte arg angeschlagen ist und daß die von der Regierung angebotenen "Reformlösungen" wenig wirksam sind("...um eine soziale Revolution auzuhalten "/Gen. Euler Bentes). Daher erscheint es notwendig, nach neuen Formen zu suchen, die die

Gefahr einer explosiven Massenbewegung bannen können. Der heikelste Aspekt im militärischen Bereich ist aber der des Verschleisses der Streitkräfte. Dieser Aspekt wird von Euler Bentes immer wieder hervorgehoben, wenn er meint, es müsse rechtzeitig "der

wachsenden Gefahr vorgebeugt werden, daß das Volk in den Streitkräften seinen Feind sieht".(O PASQUIM Nr. 471)

"Wirksamkeit" verspricht sich daher Gen. Hugo Abreu von seiner Unterstützung der Kandidatur Euler Bentes'; ein Punkt, in dem er von Gen. Geisel nicht verstanden wird und der ihm das Amt des Chefs der Militärischen Abteilung beim Präsidialamt kostete.

Abreus Taktik unterscheidet sich von der Politik Geisels insofern, als er viel früher die Gefahr einer horizontalen Spaltung der Streitkräfte - angefangen beim Oberkommando bis hin zum mittleren Offzierscorps - erkannt hat und deshalb die Kandidatur Euler Bentes unterstützt, weil er dessen Einfluss unter den Offizieren kennt. Ihre Interessen sind hieralso ausschlaggebend und sie alleinsichern - zumindest vorläufig - die Einheit des Militärs.

Dabei stösst Hugo Abreu auf den harten Widerstand des "Chefplaners" der Militärs, Gen. Golbery do Couto e Silva und seiner Anhänger: Gen. Geisel, Ariel Pacca(Führer des Generalstabes des Heeres) und Gen. Bethlem(Heeresminister).

Daß die Einheit der Streitkräfte durch das Spiel von Geisel & Konsorter längst bedroht ist, hat denn auch unmissverständlich Gen. Andrada Serpa (Personalchef der Streitkräfte) in einer Rede am 9. Juni betont. als er sagte, daß "...die Wiederholung der Ereignisse von 1964 nur durch die geschlossene Einheit der Streitkräfte verhindert werden kann..." .

Die bereits erwähnten Offiziere, die den ausschlaggebenden Einfluss haben, sind nicht durch "alternative" Programme getrennt. Was sie vielmehr trennt, ist die Frage nach der "Rückkehr in die Kasernen": für Gen. Euler und seine Anhänger sollte dies "sofort" geschehen. nach Meinung von Jen. Geisel nur "schrittweise", und das Oberkommando der Streitkräfte, dessen Haltung sich Figueiredo anschliesst, hält überhaupt nicht vies von der Idee.

Deshalb sagte auch Gen. Pacca, er halte "nichts von politischer Öffnung, die uns durch Demagogie und Verantwortungslosigkeit in unerwünschte Situationen treiben kann".

Eine Kandidatur Euler Bentes hat wiederum für die Militärs den Vorteil. daß sie sich die Mobilisierungsfähigkeit der MDB und der mit ihr in der 'frente' verbündeten Organisationen nutzbar machen können. Euler Bentes ist also, auf dem Hintergrund der sich zuspitzenden sozialen Krise, der einzige Kandidat, der von einer sozialen Bewegung getragen würde - vorausgesetzt man "säubert" sie von den radikaleren Elementen oder schleust mehr Militärs ein..."um zu sehen , was dabei herauskommt", sagte ein Offizier in einem Gespräch mit den "Relatórios Reservados"("Vertrauliche Berichte) vom 3.7.78 , denn :"..jetzt muss die 'frente' erst einmal institutionalisiert werden..." .

## "Nicht Coutinho, sondern Guaranys war der Folterer ..."

Nicht Hauptmann Coutinho war derjenige, der 1969 den exilierten brasilianischen Journalisten Flåveio Tavares festnahm und folterte, wie es ursprünglich in der Ausgabe vom 2. Juni 78 des "Latin America Political Report" hiess(siehe LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 61:"Die Mannschaft der Regierung").

Diese Nachricht wurde von Flavio Tavares in Lissabon , wo er Korrespondent der Tageszeitung "O Estado de Sao Paulo" ist, dementiert. Richtig sei vielmehr, daß er vo einem Major Guaranys - dem Sicherheitschef der brasilianischen Nationalelf bei der Fussball-WM in Mexiko(1974) gefoltert worden sei.

Diese Verwechslung erklärt für Tavares aus der Tatsache , daß beide Männer Mitglieder der brasilianischen Fußball Delegation in Mexiko waren: Claudio Coutinho als Fitnesstrainer und Guaranys als "Sicherheitschef".

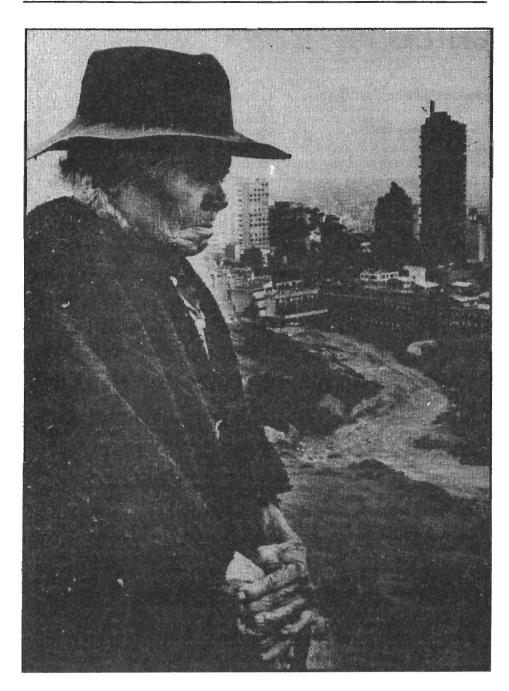
Tavares hielt zur Zeit der Fussball-WM von 1974 in Mexiko auf und erkannte bei dieser Gelegenheit Major Guaranys wieder. Einigen Pressekollegen eröffnete er dann, daß Guaranys einer der Männer gewesen sei, die ihn 1969 im Gefängnis der Policia do Exercito(Feldjäger), in der Rua Barao de Mesquita, in Riogefoltert hätten. Guaranys hat ihn dabei mit Elektroschocks "behandelt".



Tavares sagte in Lissabon: "Ich wurde wie ein Stück Vieh , an sämtlichen Körperteilen, aber besonders am After und am Zahnfleisch gefoltert. Mein rechter Arm war hinterher wie gelähmt. Bewegen konnte ich den Arm erst , als ich in Europa war. Dort begann ich ein neues Leben nach meiner Verbannung im Zusammenhang mit der Entführung des nordamerikanischen Botschafters Elbrick".

In seiner Richtigstellung zum "Fall Coutinho" unterstrich Tavares die Tatsache, daß ein anderer , auch in der Verbannung lebender Brasilianer - Hauptmann Altair - bezeugen könne, daß Coutinho zwar konservative Ansichten vertrete, aber im Grunde nichts mit der Verletzung von Menschenrechten zu tun gehabt habe.

Coutinho und Hauptmann Altaı́r kennen sich aus der Zeit ihres gemeinsamen  $S^{t}$ udiums an der brasilianischen Militärakademie.



## 55

## CHILE

## Gerüchteküche Santiago

In Chile wird wieder mehr und offener diskutiert. Weil aber das Regime nach wie vor seine Entscheidungen ohne öffentliche Diskussion und ohne Begründung willkürlich trifft und häufig keine klare Linie zu erkennen ist, vermehren sich die Gerüchte. Die Regierung sieht in diesen Gerüchten das Ergebnis einer gezielten Kampagne ihrer Gegner. In Wirklichkeit sind sie Zeichen der Instabilität eines Regimes, das von der Diktatur nicht lassen will, sich aber keine offen sichtbare brutale Unterdrückung mehr leisten kann.

Meldungen, wonach die von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eingesetzte ad-hoc-Kommission bald nach Chile kommen würde, wurden noch Anfang Juni 1978 wom chilenischen Innenminister Sergio Fernández als "reine Gerüchte" bezeichnet, für die es keinen Anhaltspunkt gebe. Inzwischen, kaum sechs Wochen später, ist diese ad-hoc-Kommission, einer offiziellen Einladung der chilenischen Regierung folgend, bereits in Santiago eingetroffen. Es ist dies nur ein besonders krasses Beispiel dafür, wie aus Gerüchten Wirklichkeit wird.

Noch Anfang des Jahres hatte sich Staatspräsident General Augusto Pinochet in einer aufwendigen Volksbefragung ausdrücklich bestättgen lassen, daß keine Kommission der Vereinten Nationen mehr chienisohen Boden betreten sollte. Der jetzige Rückzug wird von niemandem als Zeichen der Stärke Pinochets interpretiert. Im Gegenteil. Die wegen ihrer ausführlichen und gut belegten Berichte über die blutige Unterdrückung in Chile bei Pinochet besonders verhaßte Kommission wurde eingeladen, um Zeit zu gewinnen und so wenigstens vorläufig dem Druck zu entweichen, der sich aus der allmählichen Aufklärung des Mordfalles Letelier ständig neu ergibt. (Der ehemalige Außenminister Letelier war im September 1976 in Washington im Auftrag von Pinochets Geheimdienst DINA ermordet worden).

Immerhin hat die chilenische Regierung erreichen können, daß die Menschenrechtskommission versprechen mußte, ohne ihren besonders bekannten pakistanischen Vorsitzenden Allana nach Chile einzureisen und hier nur Vorfälle zu untersuchen, die nach dem Oktober 1977 geschehen sind, das heißt: nach der Auflösung des früheren Geheimdienstes DINA und seiner Ersetzung durch den Geheimdienst CNI. Tatsächlich hat es seit dieser Zeit nur noch wenige Anzeigen wegen besonders brutaler Menschenrechtsverletzungen – Verschwinden politischer Gefangener oder Folterungen – gegeben. Die Zeit der DINA mit ihren Hunderten von Entführungen und Morden soll endgültig in Vergessenheit geraten. Zu diesem Zweck war auch die im April erlassene "Generalamnestie" so abgefaßt worden, daß von ihr neben wenigen politischen Gefangenen vor allem die Agenten der DINA erfaßt wurden, sodaß eine gerichtliche Verfolgung ihrer Mordtaten vorläufig unmöglich gemacht worden ist.

Das Ziel der Regierung ist klar: Die Allana-Kommission soll in ihrem nächsten Bericht zu dem Ergebnis kommen, daß sich die Situation der Mensohenrechte in Chile gegenüber den Vorjahren ganz wesentlich verbessert hat und deshalb keine Sanktionen mehr zu empfehlen sind. Auf diese Weise sollen die zu erwartenden peinlichen Enthüllungen im Mordfall Letelier neutralisiert und politische Schlußfolgerungen daraus verhindert werden.

Wie auch immer das Ergebnis der Untersuchungen der Kommission endlich lauten mag, im Augenblick kann sich Pinochets Militärregime keinerlei offene Repression leisten, ohne die eigene Stabilität zu riskieren. Das hat zum Ergebnis, daß heute in Chile immer offener und furchtloser diskutiert wird. Nicht nur unter Freunden und Bekannten, auch in der Presse werden heute Dinge erwähnt, berichtet, beim Namen genannt, über die noch vor Monaten kein Mensch zu sprechen wagte.

Gelegentlich antwortet das Regime auf diese Herausforderung mit neuen Willkürakten. So wurde Anfang Juli die Abendzeitung "La Segunda", normalerweise ein juntatreues Hetzblatt, für mehrere Tage verboten. Selbst die regierungstreue Presse empörte sich über diese Maßnahme, besonders weil nicht einmal die konkreten Begründungen genannt wurden, wodurch von neuem der Spekulation reichlich Stoff geliefert wird.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß Gerüchte freien Lauf haben und ständig neu genährt werden. Die scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Militärjunta und besonders innerhalb der Heeresgeneralität (vergleiche LN Nr. 56, 59, 61) sind inzwischen genügend bekannt geworden, um Spekulationen über das Wie und Wann des Endes von Pinochets persönlicher Diktatur glaubwürdiger zu machen. Mögliche Nachfolger bringen sich ins Gespräch, jeder auf seine Weise: General Brady, nach der Rangfolge zweiter Mann im Heer und vor kurzem vom Verteidigungsminister zum direkten Berater des Staatspräsidenten aufgerückt, weicht in Interviews allen direkten Fragen nach möglichen Differenzen mit Pinochet aus und trägt keine Uniform mehr. Der christdemokratische Ex-Präsident Eduardo Frei schreibt Artikel, in denen er seine Regierungszeit als die Blütezeit Chiles preist und mit dem heutigen desolaten außen- und innenpolitischen Zustand des Landes vergleicht.

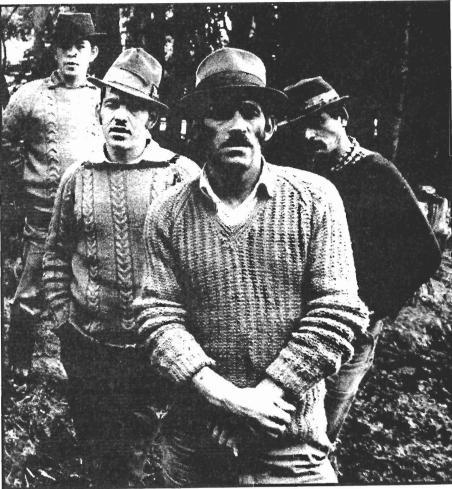
Die Regierung steht vor dem Problem, daß sie zwar den Gerüchten Einhalt gebieten will, aber nicht auf ihren Inhalt eingehen kann, ohne das augenblickliche Gleichgewicht im Militär zu gefährden. So bemüht sich Innenminister Fernández, die in Santiago umgehenden Berichte und Interpretationen über Spannungen in Militär und Regierung dadurch zu bekämpfen, daß er sie als Gerüchte-Kampagne anprangert, die vor allem von den Christdemokraten zielgerichtet entfesselt worden sei.

Pinochet selbst versucht, die vorläufig gewonnene Zeit zu nutzen, um seine persönliche Diktatur noch einmal zu stabilisieren. Auf Reisen durch das Land verkündet er, daß der von ihm vor einem Jahr entworfene Plan zur "Institutionalisierung", wonach erst für die Mitte der 80er Jahre allgemeine Wahlen vorgesehen sind, in keinem Fall geändert werde. Er selbst ist aber kräftig dabei, noch Änderungen anzubringen, die eine Fortdauer seiner Diktatur ermöglichen könnten. So war ursprünglich in seinem Plan vorgesehen, daß in einer für die Übergangszeit gedachten "Volksvertretung" wenigstens ein Teil der Abgeordneten vom Volk gewählt, der andere von der Junta bestimmt würde. Jetzt hat er in einem Interview mit der Agentur UPI erklärt, in dieser Übergangszeit würden alle "Volksvertreter" vom Präsidenten ernannt werden. Außerdem hatte die schon

fast fünf Jahre arbeitende und noch immer ergebnislose Kommission zur Vorbereitung einer neuen Verfassung bisher immer die Direkt-wahl des Präsidenten ins Auge gefaßt. Jetzt hat sie auf Befehl Pinochets beschließen müssen, daß der Staatspräsident künftig indirekt gewählt werden soll, was der gesamten Verfassungstradition Chiles zuwiderläuft.

## Die Diktatur der Bourgeoisie

So unsioher und schwankend das künftige Schicksal der Militärdiktatur im allgemeinen erscheinen mag, so direkt und unverhüllt
versucht die inzwischen immer divækter in der Regierung vertretene
Großbourgeoisie die Zeit zu nutzen und ihre Interessen durch eine



Agrarreform beerdigt : Das Land denen, die es nicht bebauen

57

weitere Steigerung der ultraliberalen Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Zwei wichtige Entscheidungen wurden in den letzten Wochen ohne jede Vorankündigung getroffen, Entscheidungen, die praktisch auch den letzten Schutz von Arbeit und Kleineigentum gegen Großkapital und Landbesitz beiseiteraumen.

Die erste Entscheidung bedeutete das endgültige Ende der unter den Präsidenten Frei und Allende durchgeführten Agrarreform. Damit ist die Begrenzung des Landbesitzes aufgehoben worden und das letzte Hindernis für die schon seit dem Putsch von 1973 stattfindende Konzentration der Böden in der Hand von immer weniger Großgrundbesitzern beseitigt worden.

Die zweite Entscheidung ist das Diktat eines neuen Arbeitsgesetzbuches, das fast alle sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte einfach aufhebt. Ein Entwurf für dieses Arbeitsgesetzbuch, der 1975 veröffentlicht wurde und längst nicht so weit ging, mußte damals wegen des heftigen Widerstandes der damals nooh relativ furchtsam auftretenden Gewerkschaften zurückgezogen werden. Inzwischen hat die Bourgeoisie dazugelernt: Das neue Arbeitsgesetzbuch wurde erst bekanntgemacht, als es schon inkraft trat. Nicht einmal die von der Junta als Gewerkschaftsführer eingesetzten Funktionäre erhielten Gelegenheit zur Stellungnahme: Sie waren zu dieser Zeit zur Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf.

Das neue Arbeitsgesetzbuch sieht unter vielen anderen Punkten vor:

- die Aufhebung des allgemeinen Kündigungsschutzes, der sicherte, daß Entlassungen nur in klar definierten Ausnahmesituationen und nach Genehmigung vorgenommen werden durften,
- die Aufhebung des besonderen Kündigungsschutzes für werdende Mütter,
- die Aufhebung des besonderen Kündigungsschutzes für Gewerkschaftsführer ( entspricht in der Bundesrepublik den Betriebsräten ) und
- die Genehmigung von Arbeitsverträgen mit Jugendlichen ( bis zu 21 Jahren ) bei Zahlung von nur 60 Prozent des Mindestlohns.

Diese Veränderungen bedeuten in der Prxis die totale Schutzlosigkeit aller Arbeiter – der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten wurde ebenfalls beseitigt – gegen Entlassungen und Lohnsenkungen. Von der Regierung und von den Unternehmern werden die neuen Bestimmungen dagegen als Vollendung der freien Marktwirtschaft und als effektiver Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit begrüßt und gefeiert. Tatsächlich entspricht das Arbeitsgesetzbuch auch im wesentlichen einem Plan zur Bekämfung der Arbeitslosigkeit, wie er von der Planungsbehörde ODEPLAN im Mai veröffentlicht wurde. Dieser Plan wurde aber dann wegen großer Entrüstung in fast allen Teilen der Bevölkerung zurückgezogen und nicht mehr weiter diskutiert. Jetzt hat man große Teile davon auf kaltem Wege durchgesetzt. Es ist zu erwarten, daß sich die oppositionellen Gewerkschaften bald von ihrem Schreck erholen und gegen das Arbeitsgesetzbuch Sturm laufen werden.

## Colonia Dignidad wieder im Mittelpunkt

Die Aussagen, die der DINA-Agent Juan Muñoz im Juni 1977 auf Fonband gesprochen hat, bevor er im Oktober 1977 ermordet wurde (vgl. LN Nr. 61), sind inzwischen auch von der chilenischen Justiz als authentisch anerkannt und sogar von der chilenischen Presse nachgedruckt worden. Muñoz hatte viele Einzelheiten über die innere

Organisation und über die Mord- und Folterpraktiken der DINA berichtet und unter anderem mitgeteilt, daß eins der wichtigsten geheimen Folterzentren und Konzentrationslager die von einer aus der Bundesrepublik stammenden Sekte betriebene Siedlung Colonia Dignidad ( "Würde" ) sei. Inzwischen hat sich auch die Witwe von Munoz gemeldet und auf Befragen erklärt, sie sei zusammen mit ihrem Mann in der Zeit nach dem Putsch für etwa 14 Tage Gast der Colonia Dignidad gewesen, habe aber nicht erfahren, was ihr Mann in der Zeit dort getrieben habe.

Der mit der Untersuchung dieser Angelegenheit beauftragte Staatsanwalt Faundez hat inzwischen behauptet, daß er mit allen Mitteln versucht habe, die Angaben von Munoz zu überprüfen, daß sich dabei aber keinerlei Anhaltspunkt für irgendeine Verbindung zwischen der Colonia Dignidad und der chilenischen Polizei oder gar der DINA ergeben habe. Es ist ganz eindeutig so, daß sich der Staatsanwalt Faundez einzig und allein auf die Aussagen der Deutschen in der Colonia Dignidad stützte, ohne diese in irgendeiner Weise zu überprüfen.

Die drei SPD-Bundestagsabgeordneten Frau Däubler-Gmelin, Hoffmann und Waltemathe, die Anfang Juli Chile besucht haben und wegen ihrer kritischen Bestandsaufnahme von der chilenischen Presse sehr bald als gefährliche Ultralinke angeprangert wurden, haben bei einem Versuch, auch die Colonia Dignidad zu besuchen, andere Erfahrungen gemacht als der Staatsanwalt Faundez. Auf dem Weg zu der sehr abseits in den Anden gelegenen Siedlung fanden sie sich plötzlich vor Hindernissen, die eine Weiterfahrt mit dem Auto unmöglich machten. So gingen sie zu Fuß weiter, bis sie sich vor einem Tor fanden. an dem ein Anschlag mitteilte, daß bis zu einem Tag, der just ihr vorgesehner Abreisetag aus Chile war, kein Besuch in der Colonia möglich sei. Schließlich trafen sie auf zwei Deutsche, deren einzige Aufgabe es offenbar war, sie hinzuhalten und nicht weiter vordringen zu lassen. Schließlich sahen sie sich gezwungen, die Rückkehr anzutreten, wobei sie sehr bald erst von einem, dann von mehreren Polizeifahrzeugen eskortiert wurden. Die Schlußfolgerungen aus diesem Vorfall sind eindeutig und entsprechen dem, was jeder weiß, der versucht hat, die Colonia Dignidad kennenzulernen: - Die Beziehungen zwischen der Colonia Dignidad und der chilenischen Polizei sind sehr eng.

- Die chilenische Justiz hat kein wirkliches Interesse an der Aufklärung dessen, was in der Colonia Dignidad vorgefallen ist.

- Die Führung der Colonia Dignidad sperrt sich mit allen Mitteln gegen irgendwelchen Besuch.

Der von Amnesty International durch viele Zeugen und Beweise belegte und durch die Aussagen des DINA-Agenten Muñoz erhärtete Verdacht, daß die Colonia Dignidad eins der wichtigsten Folterzentren in Chile war und vielleicht noch ist, bleibt also weiterhin bestehen. Es ist denkbar, daß hier eine weitere Zeitbombe für Pinochet tickt, zumal die Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen keinen Grund sehen können, warum sie auf ihr Ziel, nämlich die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen. verzichten sollten.

Im Herbst wird eine weitere Gruppe von Deutschen Chile besuchen. Zu sehr stark herabgesetzten Flugpreisen wird eine von der CSU organisierte Reisegruppe in den Fußstapfen des Vorsitzenden Strauß wandeln und das Lob des von der Militärdiktatur unterdrückten Landes singen. Wahrscheinlich könnte diese Gruppe bei einem Versuch. die Colonia Dignidad zu besuchen, Erfolg haben. Aber nur, weil man voraussetzen kann, daß sie an der Aufklärung des Schicksals der verschwundenen politischen Gefangenen kein Interesse hat.

## **USA**

## Vaky: Neuer Unterstaatssekretär für Lateinamerika



Carter: Kosmetische Korrektur

Präsident Carter löste endlich den ins Feuer der liberalen Kritik geratenen Unterstaatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Terence Todman, ab. Sein Nachfolger ist der Karrierediplomat und "Lateinamerikaspezialist" Peter Viron Vaky. Vaky hatte den Ruf ein Liberaler zu sein, doch: Veröffentlichungen über seine Vergangenheit zeigen seine enge Verbindung mit Kissingers interventionistischer Politik. Vaky war an der Ausarbeitung der geheimen Strategie zur Verhinderung des Amtsantritts Allendes beteiligt. Carter ersetzt so ein allzu bekanntes Übel durch ein weniger bekanntes, eine kosmetische worrektur.

Der bisherige Unterstaatssekretär Terence Todman hat sich das fragwürdige Verdienst erworben, bei der Kurskorrektur der Menschenrechtskampagne eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Bei seinem Besuch im Chile im August 1977 riet er Junta-Chef Pinochet, sich um eine Verbesserung seines Images zu bemühen. Das argentinische Miltärregime konnte er über die Ernsthaftigkeit der Menschenrechtspolitik Carters beruhigen. Gegenüber der Presse leistete er Videla Schützenhilfe:

die Lage der Menschenrechte in Argentinien habe sich bereits gebessert.Der Kampf gegen die Menschenrechtsverletzungen sei eine Gefährdung des gemeinsamen Kampfes gegen dem "internationalen Kommunismus" (Vgl. LN Nr 51 "Menschenrechte und Termor)

Derartige Außerungen widersprachen allzusehn den hehren Worten Jimmy Carters und brachten den Sekretär in die Schußlinie liberaler Kritik. Seine: Ablösung wurde notwendig.

Zu seinem Nachfolger ernannte Carter den Botschafter der USA in Venezuela. Vaky. Dieser erfreut sich des Rufes eines liberalen Politikers, der hauptsächlich daher stammt, daß man



Pinochet; Todman: Imagepflege

Vaky enge Beziehungen zum venezolanischen Präsidenten Carlos Andres Pérez, Mitglied der II. (Sozialistischen) Internationale, nachsagt. Doch der Schein trügt wieder einmal. Vaky ist dem Lager der politischen "Falken" zuzurechnen und eng mit der bisherigen Politik der USA gegenüber Lateinamerika verbunden.

1949 trat Vaky dem diplomatischen Dienst bei und diente von da an auf verschiedenen Botschafterposten, alle in Lateinamerika. Daher auch sein Ruf als "Spezialist" für die Probleme dieses Kontinents. In der Endphase der Regierungszeit von Lyndon B. Johnson hatte Vaky schon einmal kurz das Amt eines Unterstaatssekretärs für interamerikanische Angelegenheiten inne.

Im April 1969 machte Henry Kissinger Vaky zu seinem persönlichen Berater für lateinamerikanische Angelegenheiten. Der damalige Sicherheitsberater Nixons sorgte sich um die politische Entwicklung in Chile: viele Anzeichen deuteten darauf hin, daß Allende als Kandidat der Unidad Popular die 1970 anstehenden Präsidentschaftswahlen gewinnen könnte.



Kissinger: Sorge um Chile

Zu diesem Zeitpunkt setzte Kissinger das geheime "Komitee der 40" ein, das die Aufgabe hatte, eine Strategie zu erarbeiten, wie Allende daran gehindert werden könne, Präsident zu werden. Diese Geheimpolitik sollte einerseits ein derartiges Ereignis verhindern und andererseits die Regierung davor bewahren, wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates angegriffen zu werden. Vaky diente diesem Gremium als Berater bei der Analyse der chilenischen Situation.

Das Komitee der 40 hatte eine außerordentliche Macht, was sich beispielsweise an den Summen zeigt, die nach
Chile überwiesen wurden, um eine Diskreditierungskampagne gegen Allende zu
finanzieren. Nach Allendes Wahl wurden Millionenbeträge zur Bestechung

von Abgeordneten bereitgestellt. Die Abgeordneten sollten im Kongreß von Chile gegen die Wahl Allendes und für die Wahl Alessandris zum Präsidenten stimmen.

Vaky diente nicht nur als persönlicher Berater Kissingers, sondern auch als Verbindungsmann zur ITT. Am 11. September 1970 wurde er von Jack D. Neal, einem ehemaligen Beamten des US-Außenministeriums, der sich zu diesem Zeitpunkt im Dienst der ITT befand, angerufen. Neal bat Vaky darum, Kissinger davon zu benachrichtigen, daß das Unternehmen bereit sei, "eine Summe bis zu sieben Stellen" bereitzustellen, um Allende am Amtsantritt zu hindern.

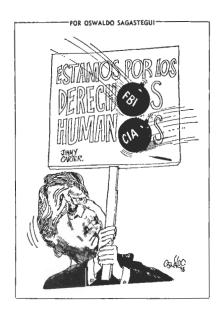
Über dieses Telefongespräch wurde von Neal ein Protokoll angefertigt, das später dem Senatskomitee unter Frank Church zur Untersuchung der Einmischung der USA in Chile in die Hände fiel. Vaky, der wieder als Botschafter in Lateinamerika war (seine Funktion als Berater Kissingers war mit dem Amtsantritt Allendes zu Ende), wurde vor den Untersuchungsausschuß des Senats zitiert.

Bei seiner Befragung über das genannte Telefongespräch litt der Botschafter unter schwerer Amnesie: er konnte sich nur nach ganz vage an das Gespräch mit Neal erinnern, aber die siebenstellige 61

Geldsumme, die ITT spenden wollte, war ihm im Gedächtnis haften geblieben. Seltsamerweise hatte Mister Vaky aber ganz vergessen, wofür denn das viele Geld verwendet werden sollte. Nach einigen Nachfragen der mit der Untersuchung befaßten Senatoren fiel ihm ein, daß ITT das Geld wohl für Wohnungsbauprojekte oder technische Hilfe im Agrarsektor angeboten habe. Dagegen konnte er sich nicht daran erinnern, daß ihm etwas über Maßnahmen bekannt gewesen sei, die die Wahl Allendes und später seinen Regierungsantritt hätten verhindern sellen.

Nun, seine Gedäch nisschwäche war seiner weiteren Karriere nicht hinderlich. Bald nach den Anhörungen vor dem Senatskomitee wurde er Botschafter in Costa Rica und 1976 in Venezuela. Von dort holte ihn Carter in das Amt des Unterstaatssekretärs für interamerikanische Angelegenheiten. Bezeichnenderweise ist der Arbeitsschwerpunkt dieses Amtes die Beziehungen zu Chile und das Problem der Menschenrechte.

Kommentar der mexikanischen Zeitung EL DIA zu dem Politiker mit dem anpassungsfähigen Gedächtnis: "Von Schneider zu Letelier über Allende mnd die zehntausenden Toten und Verschwundenen: Vaky wird nicht wenige Erinnerungen aufzufrischen haben." Seine Ernennung: "noch eine schlechte Nachricht für Lateinamerika.



"Wir sind für Menschenrechte"

--- ANZÉIGE----

# Chile Aus Liebe zu Deutschland Terror Ereiheit statt Sozialismus!

## SOZIALISMUS BEDEUTET HUNGER UND UNTERDRÜCKUNG SOZIALISMUS IST CHAOS

SOZIALISMUS BEDEUTET DEN TOD DER FREIHEIT

. . . darin stimmt ein Teil der BRD-Öffentlichkeit mit den Kräften in Chile überein, die den Putsch vorbereitet bzw. durchgeführt haben. Wir versuchen mit dieser Tonbildschau eben diese Übereinstimmung zu zeigen und eine Verbindung herzustellen zur politischen Situation in der BRD, wo mit derselben Argumentation, mit der der gewaltsame Putsch in Chile gerechtfertigt wurde, auf innerpolitische Geschehnisse reagiert wird. Die Auswirkungen in beiden Ländern sind selbstverständlich nicht vergleichbar, aber die Wurzeln dieses zutiefst undemokratischen Denkens und Handelns sind die gleichen.

Das Kernstück der Serie bilden ein schlaglichtartiger Rückblick auf die Zeit der Unidad Popular und Beschreibungen der heutigen chilenischen Realität aus der Sicht derer, die diese Realität erfahren und erleiden. Ihre Aussagen sind Antworten auf zynische Regierungs- und Unternehmersprüche.

Technik: 106 Dias, 25 Min., Chromdioxidcassette, Textheft, Materialien und ein paar

Tips zum Vorführen.

Leihgebühr: DM 36,- (incl. Versand)

Bestellungen an:

Mediengruppe c/o FDCL

Savignyplatz 5 1000 Berlin 12

Tel.: 030/313 50 65

#### EINFÜHRUNG IN DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Band I: Wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer Historische Ursachen der Unterentwicklung

Band II : Gegenwärtige Ursachen der Unterentwicklung

Band III : Entwicklungspolitische Strategien gegen den Hunger

Zu beziehen über: Waldemar Kutte

Postfach 93 o5 24 21o2 Hamburg 93

#### ANZEIGE

## PROBLEME DER DRITTEN WELT

-Eine Einführung für Schüler-

#### Die 44-seitige Broschüre

berichtet über die Lage der Dritten Welt, die Ursachen ihrer 'Unterentwicklung',

beleleuchtet die Entwicklungshilfe', ihre Hintergründe und Ihre Auswirkungen,

berichtet über die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

Erhältlich bei: Informationszentrum Dritte Welt Postfach 5328

7800 Freiburg

#### ANZEIGE

#### ÄRZTIN/ARZT -DRITTE WELT

Gesucht wird die Ärztin oder der Arzt, die/der es für falsch hält, unser Medizinsystem in die Dritte-Welt zu exportieren und stattdessen bedürfnisorientierte präven-tivmedizinische Soforthilfeprogramme von der Bundes-republik Deutschland aus mitorganisieren will. Sie/Er muß in der Lage sein, ohne Standesdünkel auch mit Nichtmedizinern und Zivildienstleistenden im Team zusammen zuarbeiten, sollte die Fähigkeit haben, die Probleme seiner Arbeit auch einer breiten Öffentlichkeit mitzuteilen, sollte Fremdsprachen sprechen, sollte Dritte-Welt Erfahrung haben, darf kein Chefarztgehalt erwarten.

Wenn dem so ist, dann schreiben Sie uns, oder rufen Sie uns bis spätestens 18.8.78 an.

medico international Homburger Landstr. 455

6000 Frankfurt 50 Tel. 0611/541091